

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Streifenband: Deutschland u. Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. dr. Monat. Eingez. in der Boh. Zeitung's Preisliste für 1894 unter Nr. 6218.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrredakteur: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 2. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der Kampf um den Lebenslohn.

Während des letzten großen Bergarbeiter-Streiks in England kam das Wort vom „Lebenslohn“ auf. Den Lebenslohn, the living wage, nannten die englischen Bergarbeiter denjenigen Lohn, den sie für sich selbst erforderlich halten zur Bestreitung einer erträglichen Lebenshaltung. Und die Einsicht, daß der erreichte Lohn, unter den die Grubenbesitzer sie herunterdrücken wollten, gerade hinreichte, um ihnen und ihren Frauen und Kindern das gewohnte spärliche Maß von Lebensgenüssen zu verschaffen, gab ihnen die Kraft zu dem entschlossenen Widerstande, der schließlich zum Sieg über die Ausbeutungsgier der Unternehmer führte. Diese Seite des großen Lohnkampfes, daß gerade die Anforderungen der Arbeiter an Lebensunterhalt und Lebensgenuss dabei als ausschlaggebendes Moment wirkten, verleiht dem vorjährigen englischen Bergarbeiter-Streik eine besondere Bedeutung.

Dem was ist dieser Lebenslohn? Was ist das Maß von Lebensgenüssen, denen er als Äquivalent dient? Erreichen auf den britischen Inseln alle Arbeiter eine gleiche Löhnung zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse? Die Frage aufzuwerfen, heißt sie beantworten. Welche Unterschiede zwischen der Lebenshaltung der irischen oder selbst der englischen Landarbeiter und der gelehrten Arbeiter in den großen englischen Industriezentren! Es wäre unmöglich, einen einheitlichen Lebenslohn festzustellen für alle Arbeiter Großbritanniens, die in ihrer Lebenshaltung so außerordentlich verschieden sind. Andererseits läßt sich der Lebenslohn, bei dem die englischen Bergarbeiter beharrten, aber auch nicht auffassen als das Mindestmaß, was dort zu Lande zur nothdürftigsten Fristung des Lebens erforderlich ist. Jener Lebenslohn ist das Einkommen, das sie selbst zur Beschaffung der ihnen zum Lebensbedürfnis gewordenen Unterhalts- und Genußmittel gebrauchen. Sicher gibt es Arbeiterkategorien in England, deren Lebenshaltung unter dieses Maß heruntergedrückt wurde, und andere, die eine höhere Lebenshaltung gewohnheitsmäßig erreicht haben und zu deren Befriedigung daher auch einen höheren Lebenslohn bedürfen. Der Lebenslohn einer Arbeiterkategorie wird stets bedingt durch das Maß ihrer eigenen gewohnheitsgemäßen Bedürfnisse. Je mehr sich die Bedürfnisse einer Arbeiterkategorie verzweigen und verfeinern, desto höher steigt auch der von ihnen beanspruchte Lebenslohn, und um so schärfer werden sie es empfinden, wenn ihre tatsächliche Löhnung hinter dem Lebenslohn zurückbleibt. Sie werden in ihren unbefriedigten Bedürfnissen stets den Sporn fühlen zur Geltendmachung höherer Lohnansprüche; und je mannigfaltiger ihre Bedürfnisse sind, um so hartnäckigeren Widerstand werden sie leisten, sobald der Versuch gemacht wird, ihre Löhnung unter den zur Befriedigung jener Bedürfnisse erforderlichen Lebenslohn herunterzubringen.

Nun ist es sicherlich nicht das erste Mal gewesen, daß eine Arbeiterschaft einem derartigen Versuche der Unternehmer

widerstanden hat. Es haben Arbeiter mit gutem Einkommen, mit erträglichem und mit erbärmlichen Einkommen solchen Grenzkampf geführt. Aber es war das erste Mal, daß der Kampf um den Lebenslohn zum Feldgeschrei in einer großen Volksbewegung wurde. Je mehr sich aber fortan die Arbeiterschaft zu einer klaren Erkenntnis ihrer Stellung im heutigen Wirtschaftsleben hindurch arbeitet, um so schärfer werden sich alle künftigen Lohnkämpfe großen Maßstabes als Verteidigungskämpfe zur Behauptung einer gewohnheitsgemäßen Lebenshaltung oder als Angriffskämpfe zur Erringung einer höheren, den gesteigerten Bedürfnissen entsprechenden Lebenshaltung ausdragen. So lange die heutige Wirtschaftsordnung währt, natürlich; denn in einer sozialistischen Gesellschaft wird keine ausgebeutete Klasse der ausbeutenden die nothdürftigen Unterhaltsmittel abzutrotzen haben.

Eine genaue Beobachtung der Lohnkämpfe zeigt uns, daß der entschlossene Widerstand bei den Arbeitern beginnt, nicht wo das Existenzminimum erreicht ist, nicht also wo die allergrößte Dürftigkeit besteht, sondern dort, wo es eine bestimmte Lebenshaltung, mag sie mehr oder minder entwickelt sein, zu verteidigen gilt. Die Widerstandskraft aber, die dem Willen zum Widerstand den Sieg verleiht, hängt wesentlich ab von der individuellen Fähigkeit der einzelnen Arbeiter und von der Stärke ihres Gemeinnsinn. Obgleich noch viele andere Ursachen, die wie die Lage des Marktes, die Höhe der angesammelten Streikgelder in äußeren Verhältnissen begründet sind auf den Ausgang eines Lohnkampfes einwirken. Niemals kann ja auch auf dem Wege der partiellen Lohnkämpfe innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung für die Arbeiter das Vollmaß dessen errungen werden, was sie als Äquivalent für ihre Leistungen zu beanspruchen haben. Aber gerade weil der Mehrerwerb, den die Unternehmer- und Kapitalistenklasse aus dem Produktionsprozeß für sich auf die Seite bringt, den den Unternehmern als Arbeitslohn zukommenden Betrag weit übersteigt und mehr als ausreichend ist zur Befriedigung ihrer eigenen gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse, könnten die Arbeiter noch einen erheblich höheren Anteil am Produktionsgewinn an sich ziehen, ehe sie die Unternehmer und Kapitalisten bis zu der Grenze zurückgedrängt haben würden, an der diese selbst ihren eigenen Lebenslohn zu verteidigen hätten. Da nun ferner die Kraft und der Wille der Arbeiter zum Widerstand gegen etwaige Vorstöße der Unternehmer unmittelbar bedingt wird durch das Bewußtsein, daß es den Lebenslohn zu erhalten oder zu erringen gilt, und da der Lebenslohn das materielle Äquivalent ist für die empfundenen Lebensbedürfnisse, ist es von der größten Wichtigkeit für die Fortführung des Klassenkampfes der Arbeiter, daß ihre Lebensbedürfnisse stetig gesteigert werden.

Die Lebensbedürfnisse lassen sich nun nicht bloß steigern dadurch, daß die Arbeiter sich gewöhnen an bessere Nahrung, bessere Kleidung, bessere Wohnung; es muß auch ihr Sinn ge-

weckt werden für die verfeinerten Lebensgenüsse, die ihnen Kunst und Wissenschaft bieten; sie müssen mehr Mühe erstreben, um Kunstgenüssen nachzugehen und sich wissenschaftlich fortzubilden, um in der freien Natur, in Sonnenschein und Waldesduft sich den Alltagsstaub von der Seele spülen zu können. So steht alles mit einander im Zusammenhang, was das Seelen- und Gemüthsleben der Arbeiter fördert und alles, was ihre materielle Lage bessert. Der siegreiche Ausgang künftiger Streiks um einen höheren Lebenslohn wird nicht nur dadurch vorbereitet, daß die Arbeiter für Ernährung, Kleidung und Wohnung in ausgiebiger Weise sorgen, sondern auch dadurch, daß sie geistige Genüsse zu einem integrierenden Bestandtheil ihrer gewohnheitsmäßigen Lebenshaltung machen. Darin liegt, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bedeutung der Volksbühnen für das wirtschaftliche Leben und den Klassenkampf. Sie haben ein neues Element den Lebensbedürfnissen von tausenden von Arbeiterfamilien eingefügt, sie haben deren Lebensansprüche höher geschraubt, sie haben die Widerstandsgrenze nach oben gedrängt, an der der entschlossene Kampf um den Lebenslohn beginnt. Weit entfernt davon, daß die Vielfältigung der Lebensgenüsse der Arbeiterschaft schadet, nützt sie ihr vielmehr. Durch solche Lebensbereicherung werden die Arbeiter nicht abgezogen von gemeinsamen Unternehmungen, nicht entmuthigt im Klassenkampf, nicht eingeschläfert; der Feind der Arbeiterschaft ist vielmehr die verdamnte Bedürfnislosigkeit, die sich einreden läßt, daß es eigentlich gar nicht so übel sei, wenn es einem recht schlecht gehe hier auf Erden, da ja alle Leiden da oben zehntausendfach durch Himmelsfreuden vergolten würden, — jene verdamnte Bedürfnislosigkeit, die sich bei den schlimmsten Entbehrungen tröstet mit dem heuchlerischen Philisterpruchwort: Salz und Brot macht Wangen roth!

Wo sich deshalb der Arbeiterklasse neue Lebensgenüsse erschließen lassen, darf die Gelegenheit zur Erweiterung ihres Bedürfnisreifes nicht unbenutzt bleiben. Die Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß ihre Lebenshaltung gleichen Schritt hält mit ihren Lebensbedürfnissen und mit der Lebenshaltung auch der Lebenslohn.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. Februar.

Aus dem Reichstag. Der heutige Schwerinstag wurde wieder erwarten mit den Verhandlungen über die Regierungsvorlage betr. die Abänderung des Unterstützungsmohns-Gesetzes ausgefüllt. Eingeleitet wurde die Diskussion mit allgemeinen Erörterungen über den Werth der „freien Armenpflege“ in den Reichslanden.

Die Kommission hat eine Resolution in Vorschlag gebracht, nach welcher das Reichsgesetz über den Unterstützungsmohns baldmöglichst auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt werden sollte.

Er hatte sehr wohl bemerkt, daß zwischen den Gatten wieder etwas vorgefallen sei, aber diese sich mehrenden Zerwürfnisse setzten ihn in die beste Laune.

Er läme als Abgesandter der Gesellschaft, berichtete er, die vor Ungeduld über das verspätete Ausbleiben des Ehepaars schier vergehe.

Helene bat, sie zu entschuldigen, sie sei nicht wohl. „Sie hat wieder ihre Migräne,“ versicherte Hartmann, für die Blässe dieses jungen Gesichtes eine Erklärung gebend, „und ich wollte meine arme Frau nicht allein lassen.“

„O, wir lassen sie auch nicht allein,“ versicherte Morre, voll respektvoller Zärtlichkeit sich ihr entgegen neigend.

Lassen Sie sich erbitten, gnädige Frau, glauben Sie mir, etwas Bewegung in frischer Luft, etwas Zerstreuung wird Ihnen gut thun. Eine Stunde Lawn tennis wird die entzückendste Frische auf ihre Wangen zaubern.“

„Sieh nur das hübsche Mäuschen, das sie sich dafür gemacht hat.“

Hartmann nahm es vom Tisch und zeigte es vor. Morre sagte es mit einer Zärtlichkeit an, als wenn er etwas Lebendiges berührte: „Wie reizend.“

„Ich habe es ihr vorhin anprobirt, sie sieht wie ein flotter Junge darin aus,“ lächelte Erich. Er war hinter ihren Stuhl getreten und neigte sich über sie.

„Du gehst, nicht wahr?“ bat er schmeichelnd. „Ich wünsche es sehr,“ fügte er leiser hinzu.

Sie nickte.

„Ja? Das ist hübsch von Dir.“ Er nahm sie unter dem Arm, und ihren bloßen Kopf etwas nach rückwärts beugend, küßte er sie auf die Stirn.

Regungslos nahm sie den Fuß entgegen; ihr war, als wenn seine Lippen sie in diesem Augenblick zum letzten Mal

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

[32]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Es thut mir leid, daß Du mich dazu nöthigst, aber da Du wieder einmal wie gewöhnlich jede Rücksicht für mich bei Seite setzt, so muß ich es Dir mit deutlichen Worten sagen: ich werde niemals einen Sträfling in meinem Hause empfangen.“

„Einen Sträfling!“ Empört fuhr sie empor, in ihrem sich aufblühenden Rechtsgefühl. „Einen Sträfling nennst Du den Mann, der für seine Ueberzeugungen gekämpft und gelitten hat, der sich nicht gefürchtet hat, für die Unterdrückten das Wort zu führen und offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen, aber dann —“

Wilde rebellische Worte wollten sich über die bebenden Lippen drängen, aber sie erloschte vor dem Blick, der sie traf, und die Furcht vor dem Mann, die Scheu vor dem Herrn ließen sie jäh verstummen.

„O bitte, nur weiter,“ rief er und suchte in seine Stimme einen vernichtenden Hohn zu legen, „ich bekomme da schöne Dinge zu hören, ein Weib, das für den Fremden Partei ergreift gegen den eigenen Mann, das den Abgestraften gegen den Juristen vertheidigt — es ist eine Verwessenheit, deren nur die Unzurechnungsfähigkeit eines Weibes fähig ist. Ich muß wissen was Recht ist, nicht Du, Du verstehst von diesen Dingen nichts, Du kannst nichts davon verstehen.“

Mit starken Schritten, im Vollgefühl seiner Ueberlegenheit, ging er in der Stube auf und nieder.

Sie war an den Tisch getreten, ihre zitternden Finger berührten bald den einen, bald den anderen Gegenstand, ohne zu wissen, was sie unter den Händen hielt. Ihre Sinne sind verworren, kein klares Gefühl, kein klarer Gedanke ist in ihr, sie weiß nicht, was sie soll und was sie darf, sie hat ein Gefühl von Schuld, das überhäuft wird von dem zornigen Weh, denjenigen ohne Großmuth und Güte zu finden, der ihr Herr ist, dem sie gehorchen muß.

„Aber ich weiß ja, woher Dir das kommt,“ sagt er, und tritt vor sie hin, und nachdrücklich und drohend fügt er hinzu: „Dein Vater mag sich in Acht nehmen.“

Da hebt sie den Kopf, sie wagt es, ihn anzusehen und aus all den wirren sich durchkreuzenden Gefühlen schießt das feindeligste, wie aus der Tiefe empor:

„Und wenn ich dächte, wie mein Vater, wenn ich seine Ueberzeugungen theilte und nicht die Deinen?“

Die Hornesader auf seiner Stirn schwoh noch merkwürdiger an:

„So lange Du unter meinem Dache schläfst, so lange Du mein Brot isst, wirst Du glauben was ich glaube und denken wie ich denke.“

„So lange — ja —“ hauchte sie.

Betroffen sah er sie an, dann brach er in ein lautes höhnißches Lachen aus, das ihre ganze Nichtigkeit ihr klar machen sollte.

„Du bist absurd,“ sagte er und wieder begann er im Zimmer auf und ab zu gehen.

Da klopfte es abermals.

Baron Morre wurde gemeldet, und ehe Erich Zeit hatte, einen Beschuß zu fassen, war er auch schon in der Thür.

Hartmann lud ihn ein, auf sein Zimmer zu kommen. Morre aber wußte das Feld zu behaupten.

Diese Resolution ist in zweiter Lesung angenommen worden. Da in der betr. Sitzung die reichsständischen Abgeordneten wie gewöhnlich nicht da waren, wollten sie heute die damals versäumten Reden nachholen. Ein Vorhaben, das allerdings nur zum Teil gelang. Die Abg. Buch und Brähne sprachen gegen die sogenannte freiwillige Armenpflege, die nur allzu oft nach Gunst ihre Spenden vertheilt.

Vom Zentrum und unserer Partei waren Abänderungsanträge eingebracht. Das Zentrum will die in der Vorlage ausgesprochene Alimentationspflicht auf Eltern, Kinder und Ehegatten beschränken, während unser Antrag sich gegen die Bestimmung richtet, daß die Veräumung der Alimentation eventuell mit Korrekthaus bestraft werden kann.

An der Debatte theilnahmen sich Spahn vom Zentrum, Schröder und Beck vom Freisinn, Pieschel von den Nationalliberalen, Mollenhuth und Kuer gegen und der Konservative Sollich, sowie der Staatssekretär v. Bötticher, welche für die Bestimmungen der Vorlage eintraten. Bei der Abstimmung über den Antrag Schröder, der per Hammelsprung erfolgte, stellte sich die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus. Es waren nur 154 Abgeordnete anwesend, von denen 84 für, 70 dagegen stimmten.

Der Bundesrath stimmte in seiner heutigen Sitzung dem mündlichen Bericht des VI. und IX. Ausschusses über den Entwurf einer Gemeinde-Ordnung für Elsaß-Lothringen zu.

Die Kulturaufgaben leiden, folgende Einzelheiten, die sich in dem Etat des preussischen Kultusministeriums finden, zeigen, wozu kein Geld da ist: „Dem elektrotechnischen Institut der technischen Hochschule in Hannover fehlt es an Apparaten, insbesondere zum Studium von Wechselströmen und Drehströmen. Es besitzt nur eine alte geliebene Wechselstrommaschine.“ Ueber das Schullehrerseminar zu Karolene findet sich der nachstehende Vermerk: „Die jetzt als Unterrichtsräume dienenden Zimmer haben sich als ungeeignet erwiesen, namentlich entbehren sie der notwendigen Belichtung und Lüftung; die jetzigen Bohn- und Schlafgelasse der Seminaristen weisen nur wenig mehr als die Hälfte des im Gesundheitsinteresse als notwendig erkannten Raumes auf.“ Auch in dem Hauptseminargebäude in Graudenz bestehen, sowohl hinsichtlich der Unterrichtsräume, wie auch bezüglich der Wohn- und Schlafzimmer für die Pöglinge sanitäre und sonstige Bedenken.“ Die schwere Typhusepidemie, welche das Seminar in Münsterberg in Spätsommer 1892 heimsuchte, wird ebenfalls, wie die wiederholten Typhuserkrankungen im Seminar zu Kreuzburg in Oberschlesien auf die mangelhaften Anlagen der Aborte zurückgeführt. — Diese Liste könnte noch bedeutend verlängert werden; denn es ist auch in vielen anderen, namentlich ländlichen Schulen der östlichen Provinzen ganz ebenso traurig, zum Theil noch trauriger mit der Einrichtung derselben in hygienischer Beziehung bestellt. Freilich sind das nur Kulturaufgaben für die Zivilverwaltung. Da aber diese Angelegenheiten, als zum Ressort des preussischen Landtages gehörig, der Belichtung sozialdemokratischer Abgeordneter jetzt noch entzogen sind, muß wenigstens die sozialdemokratische Presse auf diese traurigen Zustände in unserem Staatsleben hinweisen.

Zu viel Ehre thaten wir vorgestern dem Reichskoten an, indem wir sein Gemäch über „sozialdemokratische Proben“ einer Widerlegung würdigen. Freilich, nicht ihm thaten wir die Ehre an, sondern der weitverbreiteten Tummheit, die er vertrat, und die Dummheit, mit der selbst Götter vergebens kämpfen, ist auch für uns Menschen immerhin eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Der „Reichsbote“ hat unseren Respekt vor der Tummheit aber für Respekt vor dem „Reichsbote“ genommen — allerdings ein verzeihlicher Irrthum — und der Hochmuth ist dem Stöckerblatt so in die Nase gestiegen, daß es glaubt, wir würden ihm einen neuen Artikel, eine hübsche Deklamation, besorgen.

Da hat das Stöckerblatt sich aber getäuscht. Zu so zweifelhaften Geschäften geben wir uns nicht her. Zur Belustigung unserer Leser sei nur noch mitgetheilt, daß der „Reichsbote“ im Namen der „seit Jahrtausenden bestehenden Gesellschaft“, die „ihre Proben abgelegt hat“ fordert, daß jede neue Gesellschaftstheorie erst vor der alten Gesellschaft ein Examen, ein „Experiment“ machen muß, ehe ihr die polizeiliche Genehmigung, wir wollten sagen: das Recht sich zu be-

berühren, als schiebe sie mit diesem Ruß sich auf immer von ihm ab.

Er aber lächelte. Er wußte, daß er Morre's eifersüchtige Qual erregt hatte, und empfand überdies ein Gefühl weltmännischer Besonnenheit, das ihm schmeichelt.

Er hatte seiner Frau ein Beispiel der Verächtlichkeit gegeben, und er kam sich wieder einmal ganz großartig vor.

XVII.

Mag sah im Hauschatten auf seiner Terrasse.

Ein naher Springbrunnen, dessen sanftes Plätschern durch keinen Windstoß unterbrochen ward, kühlte die heiße Luft merklich ab. Der aromatische Duft des nahen Föhrenwaldes mischte sich mit dem noch süßeren der hochstämmigen Gentianen, die in dichten Gruppen umherstanden, und machte das Athmen zur Wonne. Die Brust des kranken Mannes aber hob sich in kurzen, mühseligen Athemzügen.

Die Karte des russisch-türkischen Kriegsschauplatzes war vor ihm ausgebreitet und er neigte sich tief darüber, um die Positionen Skobelev's und Osman Pascha's zu studieren, die vor Plewna einander gegenüber standen. Auf einen Brief, der entfaltet vor ihm lag, hatte er, damit ihn kein Luftzug entführe, ein Körbchen mit Trauben gestellt, und er naschte von den süßen Beeren, während sein Geist sich den Ereignissen zuwendete, die auf der Balkanhalbinsel sich abspielten und durch den energischen Widerstand der Türken, den niemand vorausgesehen hatte, und die ungeheuren Verluste auf beiden Seiten ganz Europa in Spannung erhielt. Neue verbesserte Handfeuerwaffen waren in diesem Kriege zuerst zur Anwendung gelangt und ihre Wirkungen waren entsetzlich.

Mag senkte und seine Augen blickten traurig, während sein Gemüth sich lehnte.

Da ward ihm Konrad Ebner gemeldet.

„Endlich!“ sagte er, während er aufstand, um ihm entgegen zu gehen, „so trifft er mich doch noch am Leben.“

thätigen gewährt wird. Hiernach hat also Cromwell wohl sein Examen bei den Stuarts gemacht? Mirabeau und Robespierre bei den Bourbonen? Freiherr v. Stein bei den preussischen Junkern? Und wie Sozialisten sollen unser sozialistisches Examen wohl beim Stöcker machen? In der That, das zengt, um in der Sprache des Stöcker zu reden, „von einem geradezu wahnsinnigen Hochmuth“.

Die Sozialreform von oben war schon zu weit gegangen, und es hatte sich, ohne Zweifel infolge der neuen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Bergwerken, auf den westfälischen Zechen ein Rückgang in der Zahl der beschäftigten jungen Leute bemerkbar gemacht. Da hierdurch natürlich die Dividenden der Herren Aktionäre einigermaßen gefährdet werden, so schickte der Herr v. Berlepsch zwei Kommissare nach Dortmund, die Geheimen Bergräthe Rasse (früher zu Saarbrücken) und Dr. Fürst, um den nothleidenden Aktionären zu helfen, soweit eben noch zu helfen ist. Es wurden laut „Rheinisch-Westfälischer Zeitung“ zwar auch Arbeiter zu den Verhandlungen gezogen, doch verschweigt das Blatt wohlweislich, wer diese ausgesucht hat. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen berichtet die „Rhein.-Westf. Ztg.“ nichts, nur sagt sie, daß sich die „Mehrzahl der Theilnehmer“ (d. h. alle, mit Ausnahme der Arbeiter, die ja aus der feinen Tafel doch nur verlesen geworden wären) gleich nachher „zu einem gemeinsamen Mahl im Gasthof zum „Römischen Kaiser“ vereinigen.“ — Wahrscheinlich wird nun unter „grundfählicher“ Aufrechterhaltung der profitisch-abigenden Bestimmungen zu einer „milderen Handhabung“ übergegangen werden, damit das Kapital nicht zu kurz kommt. Wofür aber wurden nun überhaupt Bestimmungen über die Einschränkung der jugendlichen Beschäftigung erlassen, wenn sich dabei die Zahl der jugendlichen Arbeiter nicht vermindern sollte? Am Ende hätte sich doch schon vor Erlass jener Bestimmungen ihre profitisch-abigende Wirkung übersehen lassen, und dann wäre es schon besser gewesen, sie gar nicht erst zu erlassen! Oder sollte es sich bei Erlass der belobten Bestimmungen nur darum gehandelt haben, die Arbeiterfreundlichkeit auf dem geduldbigen Papier zu betätigen? Das hätte jedoch heutzutage keinen Zweck mehr, denn die eheben so vertrauenden Massen urtheilen über die Dinge nur mehr nach deren Wirkungen.

75 Jahre besteht heute die bayerische Verfassung. Es ist nichts Ruhmendes von ihr zu erzählen, als daß sie eine der ersten in Deutschland war. Heute ist die bayerische Kammer so reaktionär und gegen die Sozialisten so unerbittlich wie die sächsische. Dies bewies die bayerische Abgeordnetenkammer wieder an ihrem Jubiläumstage, indem sie trotz des Widerspruches Bollmar's die Diskussion über das Finanzgesetz des Herrn v. Nibel ablehnte.

Wie der Pindler Recht hat. Heute druckt er eine irrixe Nachricht der „Post“ ab, dahingehend, der Antrag sei gestellt worden, die Arbeiter-Bildungsschule aufzulösen und an ihrer Stelle eine Arbeiter-Agitationsschule zu gründen. Auf Grund der Kennerung eines Redners rufte der Pindler triumphierend aus: „Also wir hatten Recht, wenn wir trotz der Ablehnungen des „Vorwärts“ behaupteten, es habe sich bei der Berliner Arbeiter-Bildungsschule nur um eine sozialdemokratische Agitationsschule gehandelt. Daß zahlreiche Redner und Mitglieder anderer Meinung waren und sind, genirt den objektiven Pindler nicht.“

Reuß und Oberwinder erfreuen sich in hohem Maße des Schutzes der bürgerlichen Presse. Die bürgerlichen Blätter brachten die „Berichtigungen“ der beiden „Ehrenmänner“ gegen die Äußerungen der Abgeordneten Nebel und Singer im Reichstage, sie nahmen aber mit keinem Worte Notiz von dem belastenden Materiale, das unser Blatt veröffentlichte. Hätte die bürgerliche Presse nicht den letzten Rest von Scham und Anstand verloren, so hätte sie zu den Einwendungen der Reuß und Oberwinder Stellung nehmen müssen. Da sie dies aber unterlassen hat, so macht sie sich zu Helfern dieser dunklen Geschäftsmänner.

Antisemitisches. Vor einigen Jahren wurde in Leipzig aus dem damals unparteiischen „Tages-Anzeiger“ ein antisemitisches Blatt gemacht. Später wurde der Titel geändert und, da das Blatt groß werden sollte, „Neue Deutsche Zeitung“ genannt. Jetzt zeigt die „Neue Deutsche Zeitung“ an, daß sie zu erscheinen aufhöre. Der Todtengräber, ein Herr Erwin Bauer, der sich bis vor kurzem „Dr.“ nannte,

als er ihm aber nun gegenüber saß, vergaß er vollständig auch seine Leiden. Fragen und Antworten wechselten in rascher Folge, sie hatten sich nicht nur viel, auch vielerlei zu erzählen: Mittheilungen persönlicher Art und Parteiangelegenheiten. Auch die Kriegsergebnisse wurden berührt und die Motive, welche eine Anzahl russischer Ärzte und Spezialisten bewog, sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben. Konrad erzählte, daß Sofie Dobuloff von Paris abgereist sei und sich gegenwärtig in München befinde, wo er geflickt mit ihr zusammengetroffen war.

Sie gedachte gemeinsam mit einigen Landsmänninnen, die von Zürich gekommen waren, sich nach Sistorva zu begeben, um sich einer russischen Ambulanz vom rothen Kreuze anzuschließen.

„Wie schade, daß Du sie nicht mitgebracht hast“, sagte Mag, „ich hätte die interessante Frau gerne kennen gelernt.“

„Ich hatte ihr den Vorschlag gemacht und sie hätte um so lieber eingewilligt, da sie Frau Hartmann, die sie unter besonderen Umständen kennen gelernt hatte, gerne wieder gesehen hätte, aber dies Vorhaben scheiterte an der Erwägung, daß unser gemeinsames Erscheinen im Hause meines Bruders ein Dir unliebsames Aufsehen erregen könnte.“

„Ich genieße Narrenfreiheit bei den Meinigen“, sagte Mag lächelnd.

„Den Besuch Sofia Alexandrowna's hätte Frau Hartmann vielleicht anzunehmen gerührt, während ich zu meinem Bedauern kurz abgewiesen wurde“, versetzte Konrad.

„Arme Helene, sie ist so unfrei“, versicherte Mag leise, und sagte dann, als wolle er den fragenden Augen des Fremden ausweichen, rasch hinzu: „wenn Dir daran liegt, und Du einen Gruß zu bestellen hast, so kannst Du sie hier sprechen, sie kommt hierher.“

(Fortsetzung folgt.)

hatte das Blatt vor etwa 2 Jahren mit ca. 30 000 M. Schulden übernommen; jetzt werden die Schulden auf 150 000 M. angegeben, und da die konservativen Tischen für antisemitische Blätter nicht mehr zu haben sind, hat die Herrlichkeit ein Ende.

Eine neue Militärvorlage droht Deutschland, wie wir schon öfters hervorgehoben haben, denn Frankreich will seine Truppenzahl wegen der deutschen Heeresvermehrung vergrößern. In der gestrigen Sitzung der Heereskommission der französischen Kammer gab Jules Roche eine vergleichende Uebersicht über die militärischen Verhältnisse Deutschlands und Frankreichs und wies auf die Ergänzungen und Vervollständigungen hin, welche die militärischen Einrichtungen Frankreichs erfahren müßten. Die Kommission beschloß, den Kriegsminister über diesen Gegenstand zu hören.

Es ist das alte Spiel, Deutschland brachte vor einem halben Jahre wegen der französischen Armeeverstärkung seine Militärvorlage ein, heute ist Frankreich daran, seine Soldatenzahl zu vergrößern und in einem halben Jahre können wir uns wieder auf eine Militärvorlage mit dem obligatorischen patriotischen Klim-bim gefaßt machen. Diesseits und jenseits der Vogesen muß es deshalb heißen: Nieder mit dem Militarismus! Und durchdringt dieser Ruf endlich die Völker, dann hört das volksvernichtende Molochspiel auf.

Das französische Anarchistengesetz wird lustig gegen die Sozialdemokraten angewandt, zur Freude aller geistes- und ordnungsliebender Bourgeois, so wurde Charner, ein Mitarbeiter der gemäßigten sozialistischen „Petite Republique“ und Reserve-Offizier wegen seines Soldatenlateinismus als Anarchist zur höchsten Strafe, nämlich 6 Monaten Gefängnis und 100 Frank's Buße verurtheilt und gestern ist der Redakteur unseres Parteiorganes „Parti Sozialiste“ auf Grund des gleichen Gesetzes wegen Verleumdung seiner Majestät Carnot in Untersuchungshaft genommen worden.

Baillaut soll am Sonnabend hingerichtet werden. Präsident Carnot hat die Abgeordneten, welche ihn zur Begnadigung Baillauts bewegen wollten, überhaupt nicht empfangen. Der Ministerpräsident Perier hat erklärt, daß eine Umwandlung der Todesstrafe zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in politischer Hinsicht besser wäre, da die Bombe keinen Menschen getödtet habe. Baillaut selbst hat erklärt, daß er die Todesstrafe dem Zuchthaus vorziehe.

An der Brüsseler Universität ist es vorgestern zu so argen Tumulten gekommen, daß die Schließung der Universität angeordnet ward. Die unabhängigen Professoren werden nun sofort an die Gründung einer „freien Universität“ gehen, so daß die bisherige Universität Brüssel wohl kaum wieder auferstehen dürfte.

Gladstone's Rücktritt wird von einem, im allgemeinen sehr wohl unterrichteten Londoner Blatt, der „Pall Mall Gazette“, als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Gladstone, der augenblicklich in Südfrankreich ist, habe geschrieben, daß er die Leitung der Geschäfte anderen überlassen und seine Entlassung nehmen werde. Die in England anwesenden Mitglieder der Regierung leugnen die Richtigkeit der Nachricht; „wollen sich aber erkundigen.“ Nun, mag die Sache sich verhalten wie sie will, der Rücktritt Gladstone's ist bei dessen ungewöhnlichem Alter nur eine Frage der Zeit, und zwar ganz kurzer Zeit.

Inzwischen ist die telegraphische Antwort Gladstone's auf die telegraphisch an ihn gerichteten Anfragen eingelaufen. Sie ist so geschraubt, daß auch der scharfsinnigste Kopf nicht herausfinden kann, was der „große alte Mann“ will. Offenbar schwankt er — und bald will er, bald will er nicht. Das Ende ist jedenfalls nah.

Aus London schreibt unser Korrespondent: „Justice“, das Organ der „Sozialdemokratischen Föderation“, veröffentlicht in der Nummer vom 27. Januar ein Interview mit William Morris über die Dynamit-Taktik der Anarchisten, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte. Nicht, daß ich mit Allem, was Morris sagt, übereinstimme. Aber niemals ist der Anarchismus schärfer und treffender beurtheilt und verurtheilt worden. Und der langjährige Herausgeber des „Commonweal“ ist so vertraut mit der anarchischen Bewegung, hat sich als ein so leidenschaftlicher Gegner der Anarchisten in persönlichen Fragen gezeigt, ist, wie seine „Anbe von Argendheim“ bewiesen, so wenig Schwärmer für den „Rader von Staat“, daß seine Anerkennung der sozialdemokratischen Taktik im Gegensatz zur anarchischen um so mehr Gewicht beanspruchen darf.

Weniger läßt sich dies von dem Artikel S. S. Champion's im „Labour Elector“ vom Monat Januar behaupten. Derselbe Champion, der in Zürich den „freien“ Kongress der Anarchisten besuchte, erklärt da die anarchischen Dynamiter für Feinde der Menschheit und sagt hinzu, er für seinen Theil würde der festländischen Polizei alle Erleichterungen gewähren, ihnen und allen, die ihnen Beifall zollen, den Boden Englands zu heiß zu machen, und wenn dadurch das Asylrecht nach so sehr beschädigt würde. Das ist denn doch für einen Sozialisten sehr bornirt gesprochen. Aber freilich, in derselben Nummer reitet derselbe Champion wieder das Stedenpferd der Prohibitivölle und der Schutzmaßregeln gegen die Einwanderung fremder „Paupers“, wobei aber der Begriff des Paupers so weit gezogen wird, daß jeder Arbeiter, der bei der Ankunft nicht fünf Pfund Sterling (100 M.) als Kopfstener für fünf Jahre im Voraus erlegen kann, zurückgewiesen werden soll. Ein Vorschlag, der sich in bezug auf eventuelle Wirksamkeit selbst kritisiert.

Wie wenig übrigens die englischen Arbeiter trotz der großen Arbeitslosigkeit auf den Leim solchen „Arbeiterchokes“ gehen, zeigt das klägliche Fiado der sich „Britische Arbeiterschul-Viga“ nennenden Aligue, die für ähnliche Forderungen wie die Champion'sche agitirt. Die Herren bekommen in ihren Meetings in London keine hundert Mann zusammen, und dann sind gewöhnlich die Hälfte der Anwesenden Sozialisten, die ihnen opponiren. Neulich trat auf einem dieser Meetings sogar ein Parlamentsmitglied auf, der Abgeordnete Powell Williams für Süd-Birmingham, ein Unionist aus der Gesellschaft des Herrn Chamberlain, und dieser Er-rabile Millionär ist beiläufig auch fast der einzige englische Politiker, der in den Augen Champion's Gnade findet.

Italienisches. Auf Sizilien herrscht „Ruhe“ und das Standrecht. Desgleichen in Mittelitalien. Was das Standrecht ist, das zeigt die Nachricht, daß das Kriegsgericht in Massa den Advokaten Molinari wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg soeben zu einer Gefängnisstrafe von dreiundzwanzig Jahren, davon die drei ersten Einzelhaft, verurtheilt hat, und außerdem zur Konfiskation seines Vermögens. Das Standrecht des Herrn Crispi scheint sich vor Blut zu fürchten — an die Stelle der tödtenden Kugel steht es die trodene Guillotine. — Ferner er-

waren wir, daß Merlino vorgestern Nacht in Neapel verhaftet wurde. Er wird wohl jetzt an die Berliner Sozialdemokraten denken, die ihn vor 3 Jahren den Schergen entlassen haben. Die „Boissische Zeitung“ schreibt, er sei das „merkannte Haupt der italienischen Anarchisten“; das ist ein Polizeijargon — Merlino, beiläufig ein grundbedürftlicher Mensch, ist niemals ein „Haupt“ gewesen, und wird nie eins sein — nicht einmal von Anarchisten. —

Von den Zuständen auf Sizilien giebt ein Schweizer, der seit vielen Jahren auf dieser unglücklichen Insel wohnt, in einem, von dem „Grillianer“ veröffentlichten Privatbrief ein ebenso lebensvolles, als erschütterndes Bild. Wir haben zwar schon des öfteren Schilderungen der sizilianischen Zustände gebracht, aber einige Auszüge aus diesem Brief, der von einem gründlichen Kenner des Landes und der Leute, gewissermaßen auf dem Kriegsschauplatz geschrieben ist, werden den Lesern doch willkommen sein, zumal sizilianische Zustände mit geringen Abweichungen in ganz Italien herrschen, und wir Deutsche — abgesehen von dem rein menschlichen Interesse, ein sehr aktuelles und materielles Interesse daran haben, zu wissen, wie es mit unserem „Triten im Sand“ denn in Wirklichkeit aussieht, und wie verrottet das Schilfrohr ist, das uns von den Preklojaden der Regierung als mächtige Stütze im Falle eines Krieges hingestellt wird. Der freche Versuch des Bündlers, das monarchische Italien für die deutsche Presse zu einem Nährnährnährn zu machen, und jede wahrhaftige Kritik auf französische, d. h. Landesfeindliche Quellen zurückzuführen, ist nur ein Zeugnis mehr, daß die Zustände in Italien durch und durch faule und ungesunde sind, und kann uns in unserem Entschlusse nur bestärken, den Schleier wegzureißen, den eine verlogene Staatsstumperei über die eiternden Wunden des schönsten und schrecklichsten regierten Landes der Welt ausgebreitet hat.

Unser Schweizer schreibt: „Macht Euch keinen Kummer um mich. Wenn ich auch unter den hiesigen Sozialisten viele Freunde habe, so nehme ich mich der jetzigen Bewegung absolut nicht an. Hier in kurzen Worten eine Beschreibung dieser Unruhen, deren Augenzeuge ich zum Theil war.“

Seit vielen Jahren lebt der hiesige Bauernstand in sehr schlechten Verhältnissen. Eigentliche Bauern, wie bei uns, giebt es hier überhaupt nicht, d. h. welche ihr Land bebauen und aus dem Ertrage desselben mit ihren Familien leben. Der hiesige Bauer ist vielmehr ein Knecht. Der Boden von ganz Sizilien gehört einigen wenigen reichen Baronen, welche vom Bauern nichts verstehen und den größten Theil ihrer Besitzungen nicht gesehen haben, da sie ihr Leben in den großen Städten der Insel und des Continents verbringen und ihr Einkommen inmitten leichter Damen und lustlicher Offen verpfänden. Das Land vermietten sie an die sogenannten Vorknechte (Bourgeois), welche dasselbe sodann an ihre Unterhändler verpachten, die ihre flotten Geschäfte machen und gewöhnlich in circa 15 Jahren alle Millionen sind. Der natürliche alle diese Leute wästen muß, das ist der arme Bauer, der das Land von diesen Unterhändlern zu theilnehmender Pachte mietten und außer der Miete noch einen Theil des Ertrages an den Herrn abliefern muß. Ich kenne Beispiele, wo ein Bauer, nachdem er am Jahresertrage den Mietzins mit 1800 Franks bezahlt und das Korn im Werthe von 400 Franks an den Herrn abgeliefert, noch 4872 Fr. übrig hatte. Der hatte also mit zwei erwachsenen Söhnen, drei Töchtern und seiner Frau volle zwölf Monate gearbeitet um lumpige 4872 Fr. Es ist daher leicht begreiflich, daß die Sozialisten hier fruchtbarsten Terrain fanden, hauptsächlich unter der Landbevölkerung, und wirklich gehören 3/4 der hiesigen Sozialdemokraten dem Bauernstand an.

Sizilien hat ungefähr drei Millionen Einwohner und die Zahl der in die Fasci dei Lavoratori eingeschriebenen Sozialisten beträgt nahezu 200 000. Wenn man also von obigen drei Millionen Einwohnern die Frauen und Kinder abzieht, so sieht man, daß ungefähr 2/3 und mehr Sizilianer Sozialisten sind. —

Es existirt auch ein Fascio von Frauen mit ungefähr 1500 Mitgliedern. —

Die Revolution brach zuerst in Giardinello (Provinz Palermo) aus und verbreitete sich rasch. — An allen diesen Aufständen nahmen Frauen und Kinder theil; so sind von den 21 Todten in Villarosa acht Kinder unter zehn Jahren und vier Frauen.

Zur Unterdrückung des Aufstandes sandte die Regierung circa 60 000 Mann und jetzt noch kommen alle Tage 6—8 Dampfer mit Truppen an. Zuerst wurde der Belagerungszustand über ganz Sizilien verhängt, dann wurde das Zentralkomitee der Sozialisten verhaftet, dann auch der Deputirte von Catania. Alle Behörden sind suspendirt und der General Morra di Lavriano zum General ernannt mit unbefristeter Vollmacht. An Stelle der Gerichte traten Kriegsgesichte. Die Arbeiterbünde wurden mit Gewalt aufgelöst und deren Präsidenten verhaftet. Unter Zuchtstrafe müssen alle Waffen, sowohl Säbel, als auch Gewehre und Revolver, abgeliefert werden. Die Straßen werden Tag und Nacht von Artillerie- und Husarenpatrouillen durchstreift. Nichts beleuchtet die Panzer- und Torpedoschiffe mit den elektrischen Reflektoren die ganze Nacht bis auf zwei Stunden im Innern. Das Städtchen Paccico ist die ganze Nacht vom „Caridice“ beleuchtet und bewacht, da man fürchtet, die Bauern wollten von dort nach Trapani kommen, um zu plündern. Sobald sich dies bewahrheiten sollte, würde Paccico vom Meere aus bombardirt. Außer den zwei Kriegsschiffen und den Torpedobooten ist Trapani gesichert durch die Anwesenheit von zwei Regimentern Infanterie (ca. 7000 Mann), einer Batterie und einem halben Regiment Husaren.

In der Stadt Trapani selbst blieb es bis jetzt ziemlich ruhig, nur wurden zwei Fenster des Rathhauses eingeworfen und die Straßenlaternen zertrümmert. Die Soldaten griffen zu den blanken Waffen und schloßen einen Theil mit blutigen Köpfen nach Hause, während andere in sichern Gewahrsam auf die Kriegsschiffe gebracht wurden. Sodann wurde versucht, der Palast des Senators V.lli in die Luft zu sprengen. Die beiden Bomben verursachten aber nur kleinen Schaden.

Jetzt ist es überall still und begreift man daher nicht, warum immer noch neue Truppen gesandt werden und die ganze Flotte hierher kommandirt wird. Hier spricht man von französischen Kriegsschiffen, die alle Nacht sich der Küste zu nähern versuchen.

Das Frühjahr könnte viel Neues bringen, leider aber wenig Erfreuliches!

In ganz Sizilien hat der Aufruhr circa 150 Personen das Leben gekostet.

Herr Crispi kann stolz sein auf sein Werk.

Bei dieser Gelegenheit sei zur Belehrung des unwissenden Bündler erwähnt, daß die englische Presse über die Zustände in Italien und namentlich auf Sizilien ganz ebenso haarsträubende Berichte bringt, wie die französische.

Apropos, es giebt Pissiflusse, die entdeckt haben wollen, Crispi habe der Hungerevolution eine praktische Seite abgewonnen und benutze sie zur Sammlung einer bedeutenden Truppenmacht, mit deren Hilfe er irgend einen großen Coup (in Frankreich oder Afrika) plane. Nun, auf

dem Todtenbett spielt man keine Komödie mehr, und Jrenhäusler ist Crispi doch wohl noch nicht. —

Spanisches. Ein Bericht des Gouverneurs von Cadix befaßt: Tausende von nothleidenden Bauern und Arbeitern durchziehen bittend die Provinz. „Ausbreitungen“ sind zu befürchten. Auch in Spanien, wo ähnliche Zustände, wie in Italien herrschen, bereiten sich ähnliche Ereignisse bevor. —

Nordamerikanische Finanzreformen. Aus Washington wird telegraphirt:

Das Repräsentantenhaus nahm mit 175 gegen 56 St. ein Amendement zur Zolltariffbill an, durch welches die inneren Abgaben festgesetzt werden und eine Einkommensteuer eingeführt wird. —

Brasilien. Ueber die Vorkommnisse im Hafen von Rio Janeiro sind wir noch immer nicht vollständig aufgeklärt: Nur das Eine ist klar, daß die Vereinigten Staaten thatsächlich zu gunsten des Präsidenten Peizote eingetreten sind. Und das ist das Entscheidende — alles Uebrige gleichgiltig. —

Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetkommission. Die heutige Sitzung wurde von der allgemeinen Kolonialdebatte ausgefüllt, ohne daß es zu einer Abstimmung über den Etat kam. Bemerkenswerth war, daß sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, die Anregung des Prinzen Arenberg lebhaft unterstützten, den Orden der Väter vom heil. Geist, der als einer der Affiliirten der Jesuiten in Deutschland seiner Zeit verboten wurde, wieder zuzulassen, damit dieser Orden, dessen französische Mitgliedschaft in Ostafrika eine umfangreiche Missionstätigkeit ausübt, in Deutschland ein Ordenshaus gründen und deutsche Missionare ausbilden könne. Es mochte einen eigenthümlichen Eindruck, die eifrigen Kulturkampf-Anhänger, die noch kürzlich gegen die Zulassung der Jesuiten in Deutschland gestimmt, jetzt das Loblied dieser Affiliirten der Jesuiten singen zu hören.

Abg. Dr. Hammacher that sich in diesem Eifer besonders hervor, es gelte die Habucht der Kraber zu bekämpfen. Des weitern tadelt auch er die bürokratische Art der Verwaltung in Ostafrika und die Heranziehung jugendlicher, unerfahrener Kräfte. Die jungen Offiziere hätten uns die größten Verlegenheiten verursacht. Staatssekretär von Marschall erklärte sich bereit, die Wünsche des Prinzen v. Arenberg lebhaft zu unterstützen, die Missionen bildeten die Grundlage der zivilisatorischen Thätigkeit in den Kolonien. Geh. Reg.-Rath Dr. Kayser wendete sich in längeren Ausführungen gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel. Er bestritt, daß der Handel in Ostafrika zurückgegangen sei, die Störung des Karawanenverkehrs sei früher schlimmer gewesen, auch hebt er den Werth der Kolonisation vom nationalen Standpunkt hervor, indem den deutschen Kolonisten nicht mehr wie in anderen Ländern die Nationalität verloren gehe. Den Missionen spendet er ein großes Lob, deren Thätigkeit, die sie zur Regenerierung des Heidenthums ausüben, werde erst durch den Schuß einer starken Gewalt erhöht. Er bestritt ferner die Ueberhebung der Europäer, die zu Konflikten führe; schließlich ersuchte er den Abg. Bebel, die in der gestrigen Sitzung wegen des Sklavenhandels gemachten Andeutungen heute auszuführen, um darauf antworten zu können.

Abg. v. Bobbielack hält die verstärkte Schutztruppe für nöthig, um das Erwerbleben zu schützen. Prinz v. Arenberg wendete sich gegen mehrere Ausführungen des Abg. Bebel bezüglich der Missionen und erachtet es für gefährlich, die sog. Hausklaverei, die bei den Kulturzuständen in Afrika zunächst noch notwendig sei, plötzlich aufzuheben. Er bringt eine Resolution ein zu gunsten der Zulassung des Ordens der Väter des heiligen Geistes in Deutschland. Abg. Bebel bestritt, daß der Geh. Reg.-Rath Kayser seine Ausführungen bezüglich des schlechten Standes des ostafrikanischen Handels widerlegt habe. Der Etat unterläge keine Auffassung. Die Opfer ständen im ärgsten Mißverhältnis zu den Resultaten, die weder von kultureller noch materieller Bedeutung seien. In den Kolonien herrsche mit zwei Worten gesagt: Militarismus und Bureaucratismus, die meisten Personen, die thätig seien, würden nur von ihrer Abenteuerlust getrieben, ein paar Jahre drüben thätig zu sein; sie wollten sich auf allgemeine Kosten die Welt ansehen und drüben eine Rolle spielen. Das kein tüchtiger Kaufmann für Ostafrika bisher sich gemeldet habe, wie Geh. Rath Kayser angegeben, beweise, daß man in diesen Kreisen den Unwerth der Kolonie besser zu schätzen wisse. Redner läßt mehrere Mißverständnisse auf, die dem Regierungsvertreter bezüglich seiner gestrigen Ausführungen unterlaufen seien. Die Wirklichkeit der Missionen beruhe nicht in ihren religiösen Lehren, sondern in dem rein menschlichen Verhalten, das die Missionare den Eingeborenen gegenüber beobachteten und in den rein menschlichen Hilfeleistungen, die sie ihnen zu Theil werden ließen. Redner kommt dann auf den Sklavenhandel zu sprechen, der in Westafrika noch vor kurzem vorgekommen sei. Er schildert hier das Verhalten der Hamburger Firma Wölber u. Brahm, die viele hunderte von Schwarzen, die, wie die vom Redner vorgebrachten Thatsachen beweisen, als Sklaven behandelt wurden und als sogenannte freie Arbeiter auf einem Wörmann'schen Dampfer nach dem Kongo geschickt wurden; hier sei schwere Strafe am Platz. Geh. Reg.-Rath Kayser antwortete, daß der Vorgang der Regierung wohl bekannt sei und setzte auseinander, wie alles aufgeboten wurde, um ähnliche Vorgänge ferner unmöglich zu machen. Thatsache sei, daß die Firma Wölber und Brahm in Hamburg durch ihren Agenten in Dahomey zwei Ladungen Schwarzer nach dem Kongo geschickt habe unter Umständen, die zweifellos auf Menschenkauf schließen ließen. Die deutsche Regierung sei erst durch eine Anfrage des deutschen Konsuls in Whyda auf diesen Handel aufmerksam geworden und habe strenge Befehle erlassen, daß der Konsul alles aufbiete, daß ähnliches nicht mehr vorkomme. Des weitern theilte der Regierungsvertreter mit, daß ihm auf geheimem Wege ein Aktenschild in die Hände gekommen sei, woraus hervorgehe, daß der Agent der Firma Wölber und Brahm dem König Behanjan von Dahomey 400 Pfd. Sterl. für den Ankauf von „Arbeitern“ gezahlt, daß er aber für diese 400 Pfd. Sterl. die Lieferung von Winchestergewehren an den König übernommen hat. Hätten die Franzosen von diesem Vorfall Kenntnis gehabt, siehe der Regierungsvertreter hinzu, der Vertreter der Firma Wölber u. Brahm wäre unzweifelhaft erschossen worden, und das Deutsche Reich hätte ihn nicht schütten dürfen. Leider seien die Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen die Firma Wölber u. Brahm nicht anzuwenden gewesen, da das Verbrechen außerhalb der Reichsgränze des Deutschen Reiches begangen worden sei. Die Firma Wörmann treffe kein Vorwurfs, sie habe keine Sklaven beordert, sondern nur Personen, die ihr als freie Arbeiter übergeben worden seien. Staatssekretär von Marschall erklärte, daß er auf grund der ihm bekannten Handlungen der Firma Wölber und Brahm es abgelehnt habe, der Firma, deren Vertreter durch die Franzosen aus Dahomey ausgewiesen wurde, den Schutz des Reiches zu theil werden zu lassen. Wegen letzteren habe sich die Firma beschwerdefähig in einer Petition an den Reichstag gewandt. (Geheh.) Abg. Richter wundert sich, daß das vorliegende Material erst auf grund einer Erörterung in der Kommission bekannt wurde, man hätte es sofort veröffentlichen sollen. Der Resolution Prinz v. Arenberg gegenüber werde er sich ablehnend verhalten. Abg. v. Stauch plädiert für Gründung einer besonderen Kolonialabtheilung, auch ihm scheine

der Bureaucratismus jetzt vorzuziehen, ist aber der Ansicht, daß der Vorwurf, daß nur Abenteuerler nach den Kolonien gingen, ein zu harter Vorwurf sei. Abg. Möller spricht sich im Sinne Dr. Hammachers aus, er wünscht eine bessere merkantilistische Ausbildung der Kolonialverwaltung; im System liege der Fehler. Er vertheidigt die Firma Wörmann. Abg. Gröber ist erfreut über den Verfall, den die Resolution Prinz v. Arenberg finde. Im weiteren polemisiert er gegen den Abg. Bebel; er erachtet die Erweiterung des Strafrechts gegen Menschenhandel für nöthig und bringt eine diesbezügliche Resolution ein. Nach einer Reihe von Bemerkungen des Geheimen Raths Kayser und der Abgg. Müller und Bebel, der behauptet, daß, wenn nicht die Firma Wörmann, so doch der Kapitän des Dampfers gewußt habe, daß er gekaufte Sklaven an Bord nehme, wird die allgemeine Debatte geschlossen. Die Resolution Gröber, die die Verlegung eines Gelehtenwerfes betreffend die Befreiung des Sklavenraubes und Sklavenhandels bestimmt, wird einstimmig angenommen; die Resolution Prinz v. Arenberg gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen. Die nächste Sitzung der Kommission wird erst Donnerstag stattfinden.

In der Stempelsteuer-Kommission kam es heute zu einer Abstimmung über die Titel a und b, welche die Höhe der Steuer bei Kauf und sonstigen Anschaffungsgeheimnissen festsetzt. In beiden Fällen wurde der in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Wortlaut und der Steuerfuß angenommen. Tage lang war darüber debattirt worden, wie es möglich ist, das reale Geschäft niedriger zu besteuern, als das an Scheinbel grenzende Spekulationsgeschäft, aber keiner war in der Lage, bestimmte Merkmale anzugeben, woran das reelle Geschäft zu erkennen ist. Die von den Abgeordneten Hintelen, Arnim, Heyl und Leuf eingebrachten Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Der Antrag Leuf fand nicht eine Stimme, selbst sein Fraktionsgenosse Werner schien sich nicht für den Antrag zu begeistern.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß die Wahlen der Abgeordneten von Glatzowitski (Frankfurt-Lissa) und Haale (Frankfurt a. O.) für gültig zu erklären. Gleichzeitig soll dem Reichstanzler Mittheilung über in beiden Wahlkreisen vorgekommene Unregelmäßigkeiten gemacht und Remede erbeten werden.

Parteinachrichten.

Der fünfte Parteitag der rheinischen Sozialdemokraten wurde am 28. Januar in Krefeld abgehalten. Vertreten sind 51 Orte durch 65 Delegirte. Den Bericht der Agitationskommission erstattet Genosse Grimpe (Eberfeld). (Der Bericht liegt den Delegirten im Druck vor.) Den Kachener Parteigenossen wird vorgeworfen, sich gegen die Beschlüsse der vorjährigen Konferenz vergangen zu haben, indem sie eine eigene Zeitung gegründet. Die Kachener Delegirten behaupten, daß die Zeitung eine Nothwendigkeit gewesen und daß sie auch lebensfähig sei. Bemängelt wird der große Unterschied in der Bezahlung der Referenten. In Bezug auf die Agitation wurde von mehreren Rednern gesagt, daß der Bericht der Kommission zu rosig gefärbt sei, daß auf dem Lande noch mehr gethan werden müsse. Eine Resolution, in welcher gesagt wird, daß auf dem Lande noch vieles nachzuholen sei, daß aber eine planlose Agitation nichts nützen könne, sondern daß die Genossen suchen sollten, sich mit Genossen in den einzelnen Orten in Verbindung zu setzen, fand Annahme. — In der darauf folgenden Berichterstattung der Revisionskommission wird hervorgehoben, daß der Wahlkreis Wülheim-Deuburg 100 000 Flugblätter zur letzten Wahl gebraucht habe. Ergänzend wird dazu mitgetheilt, daß der Kreis die Kosten dafür hauptsächlich selbst aufgebracht hat.

Ein Antrag, für die vom Agitationskomitee entsandten Redner außer dem Fahrgeid täglich 8 M. Diäten zu bewilligen, wird dem Agitationskomitee zur Berücksichtigung überwiesen. Angenommen wird folgender Antrag: Bei Neugründungen von Parteiblättern hat das Provinzial-Agitationskomitee in erster Linie sein Gutachten abzugeben, welches wesentlich durch Beschluß des Provinzial-Parteitages beeinflusst werden soll. Werden trotzdem Neugründungen veranlaßt im Gegensaße zu den Ansichten des Provinzial-Agitationskomitees, so hat der Parteivorstand die Verpflichtung, etwa später notwendig werdende Unterstützung aus der Parteikasse zu verweigern. Desgleichen wurde ein Antrag angenommen, durch welchen die Agitationskommission beauftragt wird, sofort ein Flugblatt auszuarbeiten zu lassen, in dem die Ursachen und Abhilfsmittel der Arbeitslosigkeit erläutert sind. Nachdem als Sitz des Agitationskomitees wiederum Eberfeld bestimmt, schloß Genosse Besch-Warmen die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Zu einer Versammlung, die als solche nicht angemeldet war, sollte ein Waldfest gefeiert werden, welches die vereinigten Gewerkschaften zu Jena im September v. J. veranstaltet hatten. Allen in Betracht kommenden Behörden, dem Bürgermeister von Zwätzen, dem Oberförster, auf dessen Gebiete das Fest abgehalten werden sollte, war Anzeige davon gemacht worden und alle hatten in zustimmender Weise geantwortet. Auf dem Festplatze hatte nun einer der Teilnehmer eine kleine Ansprache gehalten, in der für Gründung eines Vereinshauses plaidirt wurde. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, war dies ohne Wissen und ohne Zuthun der Veranstalter geschehen. Trotzdem beantragte der Amtsanwalt auf 30 M. Geldstrafe eventuell zehn Tage Gefängnis zu erkennen, da statt des Festes eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden habe, die nicht angemeldet gewesen sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Stauff beantragte hingegen die Angeklagten freizusprechen, da die äußeren Merkmale einer Versammlung fehlten. Wenn der Redner in die Ansprache sein politisches Glaubensbekenntnis mit verknüpft habe, so geschehe das bei studentischen Kommissen und dergleichen ebenfalls oft genug, ohne daß der Staatsanwalt dagegen einschreite. (Sehr richtig! Red. d. Vorwärts.) Diesen Ausführungen schloß sich der Gerichtshof an und erkannte auf Freisprechung.

Die Parteigenossen in Wülhausen i. G. hatten für letzten Sonntag eine Versammlung einberufen, in welcher über: „Die neue Gemeinde-Ordnung für Elßah-Lothringen“ gesprochen werden sollte. Diese wurde in letzter Stunde vom Bezirkspräsidenten von Colmar verboten, beziehentlich die Genehmigung verweigert. Gründe hierfür anzugeben, hat der Herr von Jordan nicht nöthig; die Diktaturparagrafen gestatten es, in Elßah-Lothringen ohne Gründe zu „regieren“. Derartige Verbote werden natürlich nicht verstanden, die Herzen der Elßaher dem preussisch-deutschen Regimente zuzuführen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Polizeilich geschloßen wurde der Bildungsverein für Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes von Eberfeld. War der Staat durch den Verein in Gefahr gebracht? Als Grund wurde angegeben, daß der Verein die Erörterung politischer Gegenstände bezwecke, was dem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes zuwider laufe.

Der Bierbockott in Magdeburg brachte drei Arbeitern eine Anklage wegen groben Unflugs. Zwei haben in einer Volksversammlung für Aufrechterhaltung des Bockotts gesprochen, der dritte die nichtbockottirten Lokale und Brauereien in der Volksstimme veröffentlicht. Das Urtheil lautete auf je vier Wochen Haft.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Freitag, den 2. Februar.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Ein Sommernachtstraum.
Festung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Kessdeny-Theater. Lolotte. Der Mustergatte.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Herr Coullisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Vitriol.
National-Theater. Fritz Stoffel. Hierauf: Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Oberkeiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne

Meister Celzo von Johannes Schlaf.
Zweimalige außerordentliche Aufführung um 2 1/2 Uhr präzis im Wallner-Theater.
Sonntag, 4. Februar: I. Abtheilung.
Sonntag, 11. Febr.: II. u. III. Abth.
Der Beitrag von 70 Pf. (Wochbillet) wird nur im Theater entrichtet.
Als statutenmäßige Vereins-Vorstellung folgt unmittelbar nach „Meister Celzo“ Ibsen's Volksfeind.
Am Montag, den 5. Februar, 8 Uhr:
Künstler-Konzert
in Bughenhagen's Konzertsaal.
Frl. Marie Gerdes (Klavier), Frl. Gerda Brämer (Alt), Herr Arthur van Erwyk (Bariton). Entree 30 Pf. inkl. Programm. 453/11

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! Novitäten!
Fritz Stoffel.
Schwank in 1 Akt von G. v. C. in e. m.
Regie: Hugo Hummel.
Hierauf:
Der Teufel in Berlin.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von N. Wiedede. Regie: Max Samst.
Zum Schluss:
Charley's Tante.
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Wasse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedede.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin.
Sonntag Nachm. 3 Uhr, Volksvorstellung: Don Carlos.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon gepriesenes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Afterspieltheater im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delclissour.
Branwald — mit bewegter Vergangenheit
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix.
Auftr. jänmtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 6. Male:
Herr Coullisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Lohé.
Hierauf zum **Berlin 1893.**
41. Male:
Revue in 2 Akten von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Etablissement Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert
D. Obenlandler
in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Victoria-Brauerei,

Löhovstraße 111-112.
Jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
(Siehe Platate).
Großes Ull-Programm
Zum Schluß neu (höchster Sacherfolg):
Gine Soiree bei Lehmann's.
Gr. parodistisches Ensemble von Mensch.
Donnerstag: Sanssouci.

Präuscher's anat. Museum.

Nur noch kurze Zeit!
Nen: polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milstrantheiten.
Schusskanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse
Freitag, den 2. Februar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Wiederholung der am 26. Januar mit großem Beifall aufgenommenen Klowu- und Benefiz-Vorstellung des beliebten Original-Klowu's William Olschansky.
Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorzuheben: Das Ratten-Karussell, bargeführt mit lebend. Ratten, Rattenreitend auf Velociped, u. der Rattenfänger von Hameln mit 80 Ratten frei in der Manege. Die Katze Schlick mit dem Fallschirm, dressirt und vorgeführt vom Klowu William Olschansky. Die Reikünstlerin vor 50 Jahren Miss Syphide (Parodie). Die Strassen-Komödianten, bargeführt vom Klowu Olschansky und seiner Tochter Leontine. Außerdem Auftreten sämtlicher Künstler, sowie Künstlerinnen. Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- u. Freiheitspferde meines Marstalles.
Zum Schluß der Vorstellung:
Die Fuchsjagd bei Bolton.
Hochinteressantes Jagdbild.
Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse. Theilnehmer der Jagd: 40 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Tanzanlage: La Postillone-Mazurka, arrangirt vom Balletmeister R. Riegel, gelangt vom Corps de ballet.
Morgen: Große Vorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei).
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Unserem Vorsitzenden der „Bethen Aiche“, Gustav Schulze, zu seinem heutigen Wiegensfele ein dreimaliges Hoch! Gustav, laß Dienstag giebten.
K. R. W. J. S. K. H. T. M. O. M. H.

Todes-Anzeige. 15368
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau Ottilie am 30. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt.
Franz Spernel.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
Ein Stiergeficht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime, ausgeführt von den spanischen Clowns **Hermandos.**
Neu! Frl. Elsa Zeller, Koffim-Soubrette. The Willon's, Doppel-Jongleure. Geschw. Gläser, Gesang u. Instrument. Duettistinnen.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Passage-Panopticum.
Zum Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederpiel von R. Linderer.
Auftreten jänmtl. Spezialitäten.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Neu!
Echt Berliner Blut.
Posse mit Gesang und Tanz.
Neues Riesen-Programm.
Wochentags 15 Pf. Entree.
R. Winkler.

Moritz-Platz.
Etablissement Bughenhagen.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Vahrenhoser Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 20 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 2. Februar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf vielseitiges Verlangen: Wiederholung der Parade-Festvorstellung vom 27. Januar. Gala-Pestanzung, arrangirt und inszenirt vom Direktor Fr. Renz, ausgeführt vom gesammten Personal. Ferner der ostpreuss. Hengst Blondel und Monstre-Tableau v. 60 Pferden, vorgeführt v. Direktor Fr. Renz. Pas de deux, geritten v. Miss Rose und Mr. Franconi. Auftreten der Schulreiterin Frl. Oceana Renz. Die Akrobaten auf dem Telephonbraht Zalva, Espana und Alvar etc.
Zum Schluß:
Ein Künstlerfest.
Mit festlichem Pracht-Feuerwerk.
Sonabend: Ein Künstlerfest.
Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
Fr. Renz, Direktor.

F. Pietsch' Tanz-Institut,

jezt Dresdenerstraße 110.
Februar beg. neue Lehrkurse Sonntag und Wochentag. Meld. jederzeit.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. v. Gertliche Verwaltung Berlin A. Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Hoffmann's Festsaal, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 98.
2. Bericht des Delegirten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Da laut Beschluß der Generalversammlung neue Bestimmungen für die Mitglieder in Kraft treten, ist es notwendig, daß alle am Platze sind.
909/12
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr
Grosse öffentliche Volks-Versammlung
im großen Saale der Concordia, Andreasstr. 64.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme der Berliner Arbeiterschaft gegenüber den Wirthen, welche ihr Lokal zu Arbeitslosen-Versammlungen verweigern. Referent Genosse Gumpel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 202/3
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Die Berliner Lokalkommission.

Bekanntmachung.
Den Parteigenossen Berlins hiermit zur Kenntniß, daß die Differenzen mit den Dekonomen der Lokale „Koncordia-Festäle“ und „Konzerthaus Sanssouci“ nach eingehender Prüfung als erledigt zu betrachten sind, und erfolgt betreffs des Bughenhagen'schen Lokals demnächst nähere Bekanntmachung. 202/3
Die Berliner Lokalkommission. J. A. Gumpel, Barnimstr. 42.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Bezirks-Versammlungen:
Norden: Montag, den 5. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstr. 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Canzius**: „Das Zeitalter des Dampfes“, mit Experimenten. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. — Hierzu sind die Kollegen von **Heinmann**, Reinickendorferstr. 23 und **Sprange**, Liebenwalderstr. 31, besonders eingeladen.
Osten: Montag, den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Heise**, Lichtbergerstr. 21.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Joël**: „Wenn Menschen schweigen, werden Steine reden“. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontrollen und zum Bibliothekar. 4. Verschiedenes. 402/3

Vertrauensmänner-Versammlung:
Südosten: Montag, den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Hoffmann**, Oranienstr. 180.
Tagesordnung: Besprechung über Arbeits- und Lohnverhältnisse. Abgabe der ausgefüllten Fragebogen seitens der Vertrauensmänner. Um zahlreichen Besuch aller Versammlungen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler.

Montag, den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Boltz** (ob. Saal), Alte Jakobstr. 75:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Entwicklung der Technik und die Opfer der Industrie. Referent **Kollege Goppert**. 2. Diskussion. 3. Abrechnung, Bericht des Vorstandes und Bibliothekars. 4. Wahl eines Schriftführers. 5. Verschiedenes. 809/9
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große öffentliche Brauer-Versammlung

am Sonntag, 4. Februar, Nachm. 3 Uhr, bei Herrn **Joel**, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Agitationskommission: Ueber Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1620b
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Die Agitationskommission.

Bund der geistlichen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.

Versammlung
am Sonntag, 18. Februar, Vorm. 10 Uhr, bei **Ehrenberg**, Annenstr. 10.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: Die französischen Arbeiter-Assoziationen und das Recht auf Arbeit. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten und Fragelasten. 4. Ausgabe der Einladkarten zum 3. Stiftungsfest, das im Schweizergarten Sonnabend, den 14. April, stattfindet.

Berein zur Regelung der gewerbl. Verhältnisse der Töpfer

und Berufsangehörigen Berlins und Umgegend.
Branchen-Versammlung der Töpferträger
Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn **Pyritek**, Gipsstraße 3.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. — Gäste haben Zutritt. Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.
Wir ersuchen sämtliche Kollegen dringend, ihre Träger auf obige Versammlung aufmerksam zu machen.
D. D.

Zentral-Verband der Maurer

Deutschlands, Zahlstelle I Berlin (Patzler).
Am Sonntag, den 4. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn **Gründer**, Köpenickerstraße Nr. 100:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der örtlichen Verwaltung über ihre Thätigkeit im verfloffenen Vereinsjahr. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Jahresbericht der Unterstützungscommission. Abrechnung von der Matinee. 249/11
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Achtung! Stralau. Achtung!
Sonntag, den 4. Februar, Mittags 12 1/2 Uhr:
Große öffentl. Volks-Versammlung
im Saale des Herrn **Schröder** (Alte Laverne).
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Unsere Volksschule. Referent Genosse **J. Hoffmann** (Pankow). 2. Diskussion. 3. Berichterstattung des Gemeindevertreters **Genossen B. W. u. d.** 4. Verschiedenes. 839/17
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Vertrauensperson.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 1. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: v. Bötticher.
Zur dritten Beratung steht die Novelle zum Unter-
stützungswohnsitz-Gesetz.

Abg. **Neubold** (Z.) erklärt entgegen den Ausführungen des Abg. Weber-Heidelberg, daß seine Fraktionsgenossen in Baden nicht auf dem Boden des Unterstützungswohnsitzes, sondern auf dem Prinzip des Heimathrechtes stehen und demgemäß die Vor-
lage ablehnen werden.

Abg. **Winterer** (E.) wendet sich gegen die von der Kom-
mission beschlossene Resolution, welche die baldige Einführung
dieses Gesetzes in die Reichslande anempfiehlt. Die Bevölkerung
der Reichslande wolle an ihrem Heimathrechte festhalten und
widerstrebe durchaus der Einführung der Gesetzgebung betreffend
den Unterstützungswohnsitz. Würde das Gesetz in seiner gegen-
wärtigen Gestalt in die Reichslande eingeführt, so entstände
eine schreiende Ungleichheit, denn in allen übrigen deutschen
Staaten befänden sich nur etwa 10—12 000 Eltsch-Lothringer,
während in den Reichslanden mehr als 100 000 Altsächsische
wohnen. Eine solche Ungleichheit sollte man namentlich in
heutiger Zeit, wo Stoff zur Unzufriedenheit überreich vorhanden
sei, an den Reichslanden nicht begeben.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Der Abg. Winterer hat keinen
begründeten Anlaß, sich so energisch gegen die Einführung des
Unterstützungswohnsitzes im Eltsch zu wehren, weil es sich doch
zunächst nur um eine Resolution des Reichstags handelt. Es
wird auch nach der Annahme dieser Resolution nicht in kurzer
Zeit gelingen, das Gesetz in die Reichslande einzuführen. Der
Wunsch, im ganzen Gebiet des Deutschen Reichs zu einem über-
einstimmenden Rechtszustande zu kommen, wird doch von allen
Seiten als ein berechtigter anerkannt werden. Im übrigen möge
sich der Vorredner gedulden, bis die Vorlage dem Reichstage
unterbreitet sein wird, welche die Einführung der reichsgesetz-
lichen Vorschriften auf Eltsch-Lothringen zum Gegenstande hat.

Abg. **Clamp** (Sp.): Meine Partei vertritt nicht die Auf-
fassung, daß das 18. Lebensjahr die richtige Grenze für die Er-
werbungs- und Unterstützungswohnsitzes ist, sondern halten das
16. Lebensjahr dafür. Wir haben uns jetzt für die Vorlage nur
ent schieden, weil wir sie als ein Kompromiß ansehen. Für die
Zukunft halten wir namentlich mit Rücksicht auf die Interessen
der landwirtschaftlichen Bevölkerung daran fest, daß das
16. Lebensjahr als Altersgrenze erstrebt werden muß.

Abg. **Brühne** (Soz.): Wenn der Abg. Winterer ansüßte,
daß in Eltsch-Lothringen die Armenpflege durch die Wohlthätig-
keits-Vereine geregelt werde, so wird von diesen allerdings sehr
viel gethan. Solche Vereine bestehen ja heute in fast allen
Städten. Es muß sich aber jedem die Frage aufdrängen, wird
von diesen Wohlthätigkeits-Vereinen das Richtige getroffen?
Und das ist nicht der Fall. Gerade in diesen Vereinen wird oft
nach Günst geurtheilt. In fast allen größeren Städten ver-
weilt man die Armen, um sie davor zu bewahren, daß sie der
öffentlichen Armenpflege anheimfallen, zunächst an die Wohl-
thätigkeits-Vereine. Wir haben für die Resolution
gestimmt, weil wir meinen, daß man das Unterstützungswohnsitz-
Gesetz auch auf Eltsch-Lothringen ausdehnen müsse. Daß
dies geschehen muß, weiß jeder, der die Härten der Armenpflege
kennt. Die Zahl derjenigen, die die öffentliche Unterstützung in
den Städten in Anspruch nehmen, hat sich sehr vermehrt. Die
Versicherungspflicht aller selbständigen Handwerker sollte man
ausdehnen bis auf ein Einkommen von 2000 M. Ich möchte
Sie bitten, nehmen Sie die Resolution an; wir werden für das
Gesetz stimmen, falls der Antrag, der von unserer Partei gestellt
ist, angenommen wird, im anderen Falle werden wir gegen das
ganze Gesetz stimmen.

Abg. **v. Gilsingen** (Sp.) nimmt Gelegenheit, sich gegen
eine Aenderung zu wenden, welche der sozialdemokratische
Abg. Dieß bei der Weinstener-Debatte in einer für den
Redner beleidigenden Weise gethan hat. Herr Dieß habe seine
Aeuerung dahin enstelt, als ob er gesagt habe, die Landarbeiter
zögen deshalb vom Lande in die Städte, um dort ein
lockeres Leben zu führen, und er habe das eine Beschimpfung
der ländlichen Bevölkerung genannt. Redner verwahrt sich gegen
diese beleidigenden Angriffe. Es sei wunderbar, wie sich die
Sozialdemokraten hier zu Ehrenrettern der Bauern machten,
während sie in ihrem Organ den Bauern als ein unsauberes,
egoistisches, verkehrtes, unbelehrbares Individuum darstellten.
Redner führt dafür Belege aus dem „Sozialdemokratischen
Zentralblatt“, der „Schwäbischen Tagwacht“ an, deren Verlesung
auf der Rechten mit Pfuirafen begleitet wird.

Abg. **Wneß** (Soz.): Wir werden im Reichstag bei Be-
rathung der Vorlage über den Unterstützungswohnsitz, die
hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen wird, auf die
elstsch-lothringischen Verhältnisse in bezug auf die Armenpflege
näher eingehen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke
ich nur folgendes. Ich bin durchaus nicht gegen die freiwillige
Armenpflege prinzipiell; ich bin aber dafür, daß neben der frei-
willigen Armenpflege, welche heute nach meiner Uebersetzung
ungenügend ist, in Eltsch-Lothringen die Armenpflege
eingeführt wird, wie sie im übrigen Deutschen Reich
mit Ausnahme Bayerns besteht. Wie ungenügend die
freiwillige Armenunterstützung in Eltsch-Lothringen ist, habe
ich aus der im Gesangnis studierten Broschüre des Kreisdirectors
Sittel ersehen. Die Armenverwaltung Eltsch-Lothringens kenne
ich aus der Praxis, ihre Ungenügendheit aus der Masse von
Armen, welche uns täglich betrümen und ihre Beschwerden bei
uns anzuhören suchen. Ich bin mit Herrn Winterer sehr darin
einverstanden, daß das Land in dieser Frage befragt werden
soll; gewiß, ich wünsche nichts lieber, als daß wir das Land
fragen könnten, aber ich werde dem Abg. Winterer sehr dankbar
sein, wenn er mir sagen würde, wie das geschehen könnte. Im
Landesausschuß meiner Ansicht nach nicht. Hätte Herr Bis-
marck, als er das preussische Wahlgesetz charakterisirte, dasjenige
Wahlgesetz genannt, das bei uns für die Landesausschuß-Wahlen
in Geltung ist, er hätte keinen Ausdruck auf unser Wahlgesetz
angewandt. Denn unser Landesausschuß-Wahlgesetz ist noch
elender als das preussische Wahlgesetz.

Abg. **Schröder** (fr. Vgg.) verwahrt die Kommission gegen
die in den Ausführungen des Abg. Winterer liegende Unter-
stellung, als ob die Kommission bei der Beschlußfassung über die
Resolution von politischen Tendenzen ausgegangen sei.

Tamit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdebatte
wird Artikel 1, der die Abänderungen der bestehenden Vorschriften
des Gesetzes enthält, nach den Beschlüssen zweiter Lesung
genehmigt.

Nach Art. 2 soll den Strafbestimmungen des § 361 des
Str.-G.-B. unterworfen werden: „Sa, wer, obchon er in der Lage
ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unter-
halten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der
zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittelung der
Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß.“

Die Abgg. **Gröber** und **Spahn** beantragen folgende
Fassung: „wer, obchon er im Stande ist, Eltern, Kinder und
Ehegatten zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht gegen diese
Personen trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart

vorfänglich entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde
Hilfe in Anspruch genommen werden muß.“

Abg. **Spahn** (Z.) empfiehlt diese Fassung, welche die Absicht
des Gesetzes klarer hinstellt und den Begriff der Unterhaltungs-
pflicht anders begrenzt, namentlich aber die Ausdehnung
der Strafvorschrift auf die Pflicht zur Unterhaltung der Ge-
schwister ausschließt. Hauptächlich aber komme es darauf an,
daß derjenige getroffen werde, der in frivoler Weise der ihm
obliegenden Unterhaltungspflicht sich entzieht, deshalb sei die Auf-
nahme des Wortes „vorfänglich“ unerlässlich.

Von den sozialdemokratischen Abgg. **Mollenbuhr** und
Genossen wird beantragt, die Strafvorschrift in dem § 361 als
Nr. 9a hinter Nr. 9 einzuschalten, wodurch die Verbängung von
Korrekionshaft bis zu 2 Jahren wegen des zu treffenden Delictes
angeschlossen sein würde, und außerdem die Möglichkeit gegeben
würde, an die Stelle der Haft eine Geldbuße treten zu lassen.

Abg. **Mollenbuhr** (Soz.): Nach der Fassung des Regierungsent-
wurfs würden bisher ganz unbescholtene Personen, sobald sie
sich der Unterhaltungspflicht entziehen, viel schwerer bestraft
werden als diejenigen, welche ihre Kinder verwahrlosen lassen
und es veräumen, sie von Diebstählen zurückzuhalten. Es
würde schwer zu begreifen sein, wenn diese Personen
und solche, die unter Polizeiaufsicht gestellt und vor-
bestraft sind, leichter wegkommen würden als bisher
unbescholtene Personen, die bei Uebertretung dieser Para-
graphen Böses gar nicht beabsichtigt haben. Auch nach dem
Antrag Spahn würde ein Sohn, der selbst Familie hat und
seinen Vater nicht unterstützen will, weil er glaubt, daß dieser
seine Armuth selbst verschuldet hat, ins Korrekionshaus gesperrt
werden können. Die Korrekionshaft ist nicht geeignet, die
Menschen zu bessern, sie verneht nur die Arme der Bagabunden,
welche gezwungen sind, aus Mangel an Beschäftigung sich auf
der Landstraße herumzutreiben. In Berlin allein sind 600 solcher
Personen, welche aus Grund dieser Bestimmungen zu fassen, im
ganzen Reich 20 000 Personen. Davon würden vielleicht 700
den Korrekionshäusern überwiesen werden können. Da sich nun
unter diesen eine ganze Reihe sehr brauchbarer Arbeits-
kräfte befänden, so würde den freien Arbeitern und
Handwerkern durch die Korrekionshäuser Arbeit eine
sehr gefährliche Konkurrenz gemacht werden. Will man den
ganzen Paragraphen nicht ablehnen, was uns das Beste wäre,
so nehme man wenigstens den Antrag Spahn an. Entbehrlich
ist der Paragraph, weil man die betreffenden Leute schon zivil-
rechtlich durch Beschuldigung ihres Arbeitslohnens fassen kann,
sobald sie sich der Alimentationspflicht entziehen.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Ich kann mich für den An-
trag Gröber-Spahn nicht erwärmen. Den Umfang der Alimen-
tationspflicht für das ganze Reich bei dieser Gelegenheit fest-
zustellen, kann nicht Aufgabe der Vorlage sein.

Es sollen diejenigen getroffen werden, welche, obchon im Stande
ihrer Unterhaltungspflicht zu genügen, dies frivoler Weise unter-
lassen. Wenn jemand sich dem Spiel oder dem Müßiggang in
einer Weise hingiebt, daß er für seinen Grobvertr nicht sorgen
kann, wird er nach dem bestehenden Gesetz bestraft; wenn er
aber bloß in frivoler Weise sich dieser Verpflichtung, obwohl er
sie erfüllen kann, entzieht, würde er nach dem Antrag Spahn
nicht bestraft werden. Für diese Unterscheidung fehlt es doch an
jeder Unterlage. Die Ausnahme des Wortes „vorfänglich“ in die
Nummer 9a ist überflüssig, würde aber Schaden nicht anrichten;
im übrigen bitte ich, an dem Inhalt der Nummer nichts zu
ändern. Auch den Antrag Mollenbuhr bitte ich abzulehnen; die
Eventualität, daß ganz unschuldige Leute mit Korrekionshaft
bestraft werden können, liegt nicht sehr nahe, da immerhin der
Richter über die Umstände zu befinden und darüber zu ent-
scheiden hat, ob wirklich eine strafbare Unterlassung vor-
liegt. Die Befürchtung, daß die Arbeitshäuser überfüllt
werden könnten, theile ich nicht; einmal werden nicht
20 000 Personen dieser Strafvorschrift verfallen und außerdem
wird die Hohe Exzellenz der Vorschrift eine Warnung sein und
eine erziehlche Wirkung dahin üben, daß die Zahl der Straf-
sälligen abnimmt.

Abg. **Wischel** (ntl.) spricht sich gegen den Antrag Spahn aus
und empfiehlt im Anschluß an die Argumente des Staatssekretärs
das Festhalten an dem Wortlaute zweiter Lesung, adoptirt aber
den Vorschlag Mollenbuhr insoweit, als er neben der Haftstrafe
auch die Geldstrafe zuläßt. Die Korrekionshaft diese man nicht
abschaffen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), sie sei für
alle Bagabunden ganz unentbehrlich.

Abg. **v. Salisch** (nl.): Sehr wesentlich im Rahmen der
Vorlage erscheint uns die vorgeschlagene Strafbestimmung, an
der wir, so weit es an uns liegt, nichts abschwächen lassen
werden. Es soll doch durch das Gesetz die Unterhaltungspflicht den
Pflichtigen eingeschärft werden; dazu ist eine strenge Straf-
vorschrift ein notwendiges Korrelat. Wenn Sie die Korrekions-
haft nicht wollen, müssen Sie uns etwas anderes an deren Stelle
vorschlagen. Das Wort „vorfänglich“ halten wir für überflüssig.
Auch der Kreis der Alimentationsverpflichteten darf nicht ver-
engert werden.

Abg. **Schröder**: Die Substitution einer Geldbuße sei weiter
nichts als eine Ironie; eine solche Aenderung würde den Zwecken
des Gesetzes nicht förderlich sein.

Abg. **Wsch** (reij. Volksp.): Artikel 2 gehört zu derjenigen
Sorte von Gelegenheits-Strafgesetzen, mit denen wir jetzt förmlich
überhäuft werden. Es handelt sich um eine moralische
Pflicht, deren Nichterfüllung hier gebrandmarkt wird, die aber
einen Anlaß zu strafrechtlichen Neuerungen nicht abgeben kann.
Man trifft die Schuldigen doppelt, ohne den beklagten Uebel-
stand aus der Welt zu schaffen. Die Reutenten unter ihnen
werden nicht gebessert, viele andere aber durch diese Straf-
bestimmungen nicht getroffen werden. Man soll doch auch daran
denken, daß die ausführenden Behörden vielfach selbst von dem
Inhalt der Gesetze nicht genügend unterrichtet sind. Wir
werden am besten thun, diese Erweiterung des § 361 heute nicht an-
zunehmen.

Abg. **Spahn**: Leute, die arbeitsam sind, die arbeiten wollen,
gehören nicht ins Korrekionshaus, die dürfen auch dieser Straf-
bestimmungen nicht unterliegen. Für die Nothwendigkeit der
ganzen Strafbestimmungen ist gar kein Material vorgebracht
worden. Ueber die Verpflichtung zur Alimentation der Kinder,
Eltern und Ehegatten hinaus zu gehen, liegt nicht der mindeste
Anlaß vor. Der Gesetzentwurf greift über das Nothwendige so
weit hinaus, daß wir gegen den Artikel 2 und, wenn
er angenommen wird, gegen das ganze Gesetz stimmen müssen.

Abg. **Auer** (Soz.): Es handelt sich bei unseren Anträgen
hauptsächlich darum, die Androhung der Korrekionshausstrafe
herauszubekommen. Wir haben die Empfindung, als wenn es
sich in dieser Vorlage, vielleicht nicht beabsichtigt, aber doch im
Effekt, um ein neues Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter handelt.
Es handelt sich in den meisten Fällen um Personen, die durch
unsere Gesellschaftsordnung in die traurige Lage gekommen sind,
daß sie von ihrer Familie fortgehen und in fremden Provinzen
ihr Brot sich suchen müssen und dann vielleicht nicht
moralisch stark genug sind, um alle ihre Verpflichtungen zu
erfüllen, die auch wir anerkennen und zwar im vollen Um-
fang. Wir glauben, daß es möglich ist, den beabsichtigten Zweck
zu erreichen, ohne zu der Korrekionshausstrafe zu greifen. Was
wird denn damit erreicht? Glauben Sie, daß jemand, der in
diesem Punkt so gewissenlos ist, daß er, obgleich er für seine

Frau und Kinder auskommen könnte, es doch nicht thut, sich
bessern läßt durch Korrekionshaft. Der Staatssekretär meinte,
es sollte diese Strafbestimmung eine erziehlche Wirkung aus-
üben. Ich fürchte, daß Sie in dieser Beziehung
schlechte Erfahrungen machen werden. Wer einmal im
Korrekionshaus gewesen ist, für den ist die Gefahr, daß er
sich garnicht mehr bessert, gar zu nahe. Das Korrekionshaus
ist nicht dazu angethan, moralisch zu bessern, es ist das Sammel-
becken der Unglücklichen, der Auswürfe der Gesellschaft. Ich
möchte also darum bitten, daß Sie absehen von dieser Ver-
stärkung und unsere Anträge annehmen. Der konservative
Redner hat allerdings gemeint: wer ein so bidfälliges Ge-
wissen hat, daß wer seine Verpflichtungen in dieser Beziehung
nicht erfüllt, durch die Androhung von Haft zur Erfüllung seiner
Pflicht nicht gebracht werden kann. Wenn er ferner meinte, daß
in vielen Fällen das Korrekionshaus bessere, so mag er ja seine
Erfahrungen darin haben, wir haben die entgegengesetzten. Das
Vertrauen, welches der Staatssekretär auf unsere Richter setzt,
habe ich nicht zu ihnen. Sie sind auch nur Menschen und verfallen
zu leicht dem Schematisiren. Ich habe selbst das Kängel als
Handwerker durch das Land getragen und ich weiß, die
Handwerksburden zählen zu den am meisten gebelsten Ge-
schöpfen, sie haben fortgesetzt einen Kampf mit dem Orts-
polizisten und Gendarm; ich weiß, daß sich ihnen gegenüber
die Praxis herausgebildet hat, daß sie, wenn sie beim Weteln
ertappt werden, wegen Landstreicherei den Arbeitshäusern über-
wiesen werden. Eine solche Praxis, wird sich auch hier heraus-
stellen. Wenn der konservative Redner weiter gemeint hat, daß
die meisten, die sich ihrer Verpflichtung entziehen,
ihre Geld vertrinken, so ist das eine unbewiesene Behauptung, eine
ganz allgemein ausgesprochene Verdächtigung, hinter der nichts
positives steht. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen. Wir
werden für die Anträge Gröber-Spahn stimmen.

Abg. **Casselmann** (fr. Vp.) tritt entgegen der Stellung-
nahme seines Parteigenossen **Wsch** für die Annahme des Art. 2
ein. Das soziale Uebel, welchem hier gesteuert werden soll,
mache sich allerdings in gewissen Theilen des Reiches immer
breiter; es könne ohne schärfere Bestimmungen strafrechtlicher
Natur nicht abgehen. Bis zum Zustandekommen des Zivilgeset-
buches könne man unmöglich warten.

Tamit schließt die Diskussion. In eventueller Abstimmung
werden die Abänderungsanträge Mollenbuhr, die sowohl zum
Zerte der Beschlüsse zweiter Lesung als zum Antrag Gröber
gestellt sind, gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten
und vereinzelter Mitglieder der Freistimmigen angenommen. Bei
der definitiven Abstimmung über Art. 2 stimmen die National-
liberalen gegen die Fassung Gröber-Mollenbuhr. Das Resultat
bleibt zweifelhaft und die Ausschaltung ergibt die Beschluß-
unfähigkeit des Hauses. Es sind statt der Minimalzahl von 199
nur 154 Mitglieder anwesend, von welchen 84 für, 70 gegen die
Fassung stimmen.

Die Sitzung muß abgebrochen werden.
Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.
(Zweite Lesung des Etats und Fortsetzung der eben unter-
brochenen Beratung.)

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 1. Februar 1894, 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Heyden, Miquel und Kom-
missarien.

Die zweite Beratung des Etats für 1894/95
wird fortgesetzt bei dem Etat der landwirtschaft-
lichen Verwaltung. Die Einnahmen werden ohne De-
batte genehmigt.

Das Ministergehalt wird nach längerer Debatte über Geb-
stoffsölle, deutsch-russischen Handelsvertrag u. bewilligt, ebenso
die übrigen Ausgaben des Ministeriums und des Oberlandes-
kulturgerichtes.

Bei den Ausgaben der Generalkommissionen
empfiehlt

Abg. **Ketochius** (ntl.) eine Abkürzung des Konsolidations-
verfahrens im Reg.-Bez. Wiesbaden.

Geh. Rath **Sachs** sagt eine Erwägung zu.

Abg. **Frentz** (l.) hält es für zweckmäßig, daß die General-
kommission bei Rentengutsbildungen darauf sehen, daß die an-
zufeldelnden Rentengutsbesitzer nicht von vornherein zu hoch be-
lastet werden.

Eine Petition von Spezialkommissions-Sekretären wegen Auf-
besserung ihrer Gehälter wird durch Uebergang zur Tagesordnung
erledigt, nachdem die Abgg. **Pasche** (natl.) und **Mies** (Z.)
für diese Beamten eingetreten waren.

Bei den Ausgaben zur Errichtung und Unterhaltung von
landwirtschaftlichen Mittelschulen empfiehlt
Abg. **Barthold** (fr.), die Lehrer an diesen Schulen den Lehrern
an höheren Lehranstalten gleichzustellen.

Minister **v. Heyden**: Die Verhandlungen, um an diesen
Schulen den Normaletat einzuführen, sind noch nicht abgeschlossen;
wir werden sehen, wie weit wir mit den bewilligten Mitteln
kommen.

Bei den Ausgaben für die thierärztlichen Hoch-
schulen weist Abg. **v. Tiedemann** (Bomst) darauf hin, daß
der Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche bisher nicht von
Erfolg gewesen sei; das liege daran, daß man die vorhandenen
gesetzlichen Bestimmungen nicht streng genug angewendet hat.

Minister **v. Heyden**: Das Vorhandensein der Tuberku-
lose läßt sich nicht so leicht an lebenden Thiere feststellen wie
die Lungenseuche; man kann deshalb zur Tödtung der ver-
dächtigen Thiere nicht kommen, weil das zu kostspielig sein würde.
Man würde nur durch eine Art Versicherung helfen können. Dem
Landwirth würde die Last nicht auferlegt werden, denn in seinem
Interesse wird das tuberkulose Fleisch nicht verworfen. Die-
jenigen aber, in deren Interesse es geschieht, kann man schwer
heranziehen. Nur ein Staat, Belgien, zahlt von Staats wegen
Entschädigung, was für das Reich nicht angeht. Bezüglich der
Maul- und Klauenseuche liegt vielleicht eine nicht genügend strenge
Handhabung des Gesetzes vor; die Schuld trifft aber nicht immer
die Beamten, sondern auch die Landwirthschaft selbst. Vom Ausland
kommt die Einschleppung seltener als von dem inländischen Verkehr.

Abg. **v. Waldow** (l.) spricht sich gegen den Hausrathhandel
mit Vieh aus, den man ruhig ganz aufheben könnte, weil er die
Gefahr der wucherischen Ausbeutung mit sich bringt.

Bei den Ausgaben zur Förderung der Viehzucht
bemängelt

Abg. **v. Mendel** (l.) den mäßigen Betrag, der dafür aus-
geworfen ist; er empfiehlt neben der Einführung der Ober-
förderungen auch eine Prämierung der gekörnten Thiere.

Bei den Ausgaben zur Unterhaltung von Deichen
fragt

Abg. **v. Erffa** (l.), ob die Regierung der West- und
Pinteler Marsch-Deichacht ein Darlehen gewährt habe; das
sei zugesagt unter der Bedingung, daß die Provinz Hannover
die Hälfte gewähre. Die Eingabe der Beteiligten sei jetzt
erneuert.

Minister **von Heyden**: Die Provinz Hannover hat es ab-
gelehnt, die Hälfte zu gewähren. Es handele sich nicht um eine
arme Genossenschaft, sondern um sehr potente Leute.
Auf eine Anfrage des Abg. **vou Gilsenheimb** (l.) erklärt

ein Regierungsvorsteher, daß der Durchsicht an der Ober- oder oberhalb des Hofes nach Möglichkeit gefördert werde. Die Vorarbeiten seien schon bewilligt.

Die dauernden Ausgaben werden sämtlich ohne Minderung genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben tritt Abg. Diez-Neuwied (nll.) für eine Bewilligung im Interesse des Westerwaldes ein, wie sie für das Siegerland bereits erfolgt sei.

Abg. Kappel (nat.) weist darauf hin, daß er schon früher die Ausdehnung der hiesigen Thätigkeit auf den Westerwald und Umstrich verlangt habe.

Minister v. Heyden: Eine solche Ausdehnung ist gegeben. Vorläufig werden die sonstigen Staatsfonds dort stärker angewendet; später wenn die Arbeiten für die Eisen beendet sein werden, werden die Staats- und Provinzialfonds noch weiter im Westerwald u. Verwendung finden.

Abg. Dabach (Z.) bestätigt, daß im Westerwald ein Nothstand vorhanden sei, namentlich infolge der wucherischen Viehleibe, durch welche der Viehstand fast ganz in die Hände der Juden gekommen ist. Redner tadelt, daß die Provinzialverwaltung statt den Einwohnern zu helfen, nutzlose Straßen gebaut habe. Bezüglich der Stren- und Futterabgabe aus dem Walde habe der Minister das Verfahren der unteren Instanzen mißbilligt.

Minister v. Heyden befreit das letztere, sowie einige Ausführungen des Redners von gestern.

Abg. v. Erffa (L.) weist darauf hin, daß auch in dem soviel gerühmten Sachsen arme Distrikte vorhanden seien, z. B. das Eichsfeld. Wenn Herr Dabach die Steuern dem Walde entziehen und der Landwirtschaft zuwenden will, so folgt er dem Beispiel des heiligen Crispin, der das Leder stahl, um den Armen Schuhe zu machen.

Abg. Dabach (Z.) weist darauf hin, daß der heilige Crispin nicht das Leder gestohlen habe, sondern es heißt, er „stahl“ das Leder, das bedeutet: er stellte, er lieferte es. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Gohsain (Fr. Bg.) erkennt an, daß die Viehleibe ein schwerer Krebschaden sei, den man durch Verbesserung der Kreditverhältnisse beseitigen müsse.

Abg. v. Geyern (nll.): Ich konstatire, daß Abg. Windthorst den heiligen Crispin in demselben Sinne zitiert hat, wie heute Herr v. Erffa. Die Spaltung des Zentrums scheint sich also auf allen Gebieten zu vollziehen. (Große Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt. — Bei den Ausgaben zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen empfiehlt

Abg. Mottly (Pole) die Meliorationsgenossenschaften zu unterstützen, wenn nicht aus diesem Fonds, jedoch aus dem Fonds der Ansiedlungskommission.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt.

Ohne Debatte erledigt das Haus noch die Etats der Verhandlung, der General-Ordenskommission, des geheimen Zivilkabinetts, der Ober-Rechnungskammer, der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes für Kompetenzkonflikte, des Gesetzsammel-Amtes, des Reichs- und Staats-Anzeigers und der Landesvermessung.

Schluß 4 Uhr.
Nächste Sitzung Dienstag, 6. Februar. (Landwirtschaftskammer.)

Communales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 1. Februar, Nachmittags 5 Uhr.

Zu den Auskünften für die Vorlage, betreffend die Dienstalterszulagen ist auch Stadtv. Vogtmann, in demjenigen für den Bau von 3 Achtfamilien-Wohnhäusern auf den städtischen Nieselsfeldern Stadtv. Giesbort gemeldet worden.

Der Stadtv. Dentig hat beim Vorsteher mitgeteilt, daß ihm in der vorigen Sitzung nach den Sitzungsberichten in der „Voss. Ztg.“ und auch im „Tageblatt“ Schimpfworte zugerufen sind, die er aber nicht gehört hat.

Der Vorsteher bemerkt, daß er auch diese Ausdrücke nicht gehört hat, ebenso wenig wie das Bureau; er würde dergleichen Verkommnisse sehr bedauern und event. ganz energisch dagegen einschreiten.

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich melde mich, um der Wahrheit die Ehre zu geben und um selbst den Anschein zu vermeiden, als ob ich Veranlassung hätte, irgend etwas von mir Gefagtes zu verlangen. Ich muß doch eine gewisse Art von Schwere bei dem Stadtverordneten Dentig annehmen, wenn er die Ausdrücke, die namentlich auch von mir gebraucht worden sind, nicht gehört hat. Ich vermeide es, die Ausdrücke zu wiederholen, weil ich sie bloß gebraucht habe in Erwiderung einer Protektion; aber feststellen will ich, daß Ausdrücke, wie die in jenen Blättern vermerkten und die er nicht gehört zu haben glaubt, tatsächlich von mir gebracht sind.

Vorsteher Langerhans: Wenn ich Ausdrücke gehört hätte, die Ähnlichkeit mit Schimpfwörtern hatten, so würde ich sie ganz energisch gerügt haben.

Stadtv. Dentig erklärt, wenn nach der Bemerkung des Stadtv. Singer keine Remedur erfolge, sei er verhindert, den Sitzungen länger beizuwohnen. (Große Unruhe.)

Vorsteher Langerhans: Ich kann Herrn Singer doch nicht zur Ordnung rufen, wenn ich absolut die Worte nicht gehört habe. Ich erkläre nochmals, daß ich beschimpfende Zwischenrufe in keinem Falle zulassen werde. Herr Singer hat nicht gesagt, daß die in den Zeitungen erwähnten Zwischenrufe von ihm gemacht seien. (Zwischenrufe: Doch!) Haben Sie, Herr Singer, diese Zwischenrufe gemacht?

Stadtv. Singer: Ich muß wiederholen, daß ich Ausdrücke nie die in den Blättern erwähnten auch gebraucht habe, selbstverständlich nur in Beantwortung einer Provokation, die ich als eine ehrenrührige für mich betrachten mußte. Wenn dem Vorsteher daran liegt, die Ausdrücke hier wiederholt zu hören — (Große Heiterkeit.)

Vorsteher Langerhans: Wenn Sie zugestehen, daß Sie u. a. auch jene Ausdrücke gebraucht haben, dann muß ich Sie noch nachträglich zur Ordnung rufen.

Tamit schließt dieser Zwischenfall und die Versammlung tritt in die Tagesordnung ein.

Die Stadtv. Meyer II und Genossen beantragen eine Abänderung der Geschäftsordnung, durch welche die Zulässigkeit der namentlichen Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Diskussion ausgeschlossen werden soll.

Stadtv. Meyer II: Mein Antrag soll nur die bestehende Geschäftsordnung deklarieren, nachdem durch Irrthum ihr Sinn in Vergessenheit geraten war. Dieser Sinn schließt es aus, daß auch über Schlußanträge namentlich abgestimmt werden kann, denn die Geschäftsordnung kennt nur namentliche Abstimmung nach Schluß der Beratung über materielle Vorlagen. Ja hiezu lang ist diese Auffassung unabweisbar gewesen. Ich würde in Zukunft aus Grund der Geschäftsordnung bei jedem Antrag auf namentliche Abstimmung über einen Schlußantrag gegen dessen Zulässigkeit protestiren, und es würden dadurch langwierige Geschäftsordnungsdebatten entstehen, die ich gerade zu vermeiden wünsche. Im Abgeordnetenhaus ist die namentliche Abstimmung über Schlußanträge durch die Geschäftsordnung ausdrücklich ausgeschlossen, und unsere Geschäftsordnung ist derjenige des Abgeordnetenhauses nachgebildet. Nur im deutschen Reichstage wird von diesem Mittel Gebrauch gemacht. Aber dort liegen die Verhältnisse eigenthümlich: man benutzt dort seitens verschiedener Parteien diesen Weg, um die Durchberatung von Vorlagen, die sie nicht mögen, mit Hilfe der Konstatierung der Beschlußfähigkeit für eine Session zu verhindern. Hier ver-

lieren wir aber mit einer so unangeordneten Frage, wie es die des Schlußes der Debatte ist, unverhältnismäßig viel Zeit.

Stadtv. Sachs II: Der Antragsteller verlangt doch mehr, als eine bloße Deklaration der Geschäftsordnung. Die Formen der Abstimmung werden in dem § 55 der Geschäftsordnung ohne alle Rücksicht auf Einzelfälle generell geregelt. Die Geschäftsordnung stammt vom 7. Januar 1875 und von dem bewährten damaligen Stadtv. Eugen Richter; sie lehnt sich mindestens ebenso sehr an die Geschäftsordnung des Reichstages wie des Abgeordnetenhauses an. Zu welchem Zwecke soll diese „Deklaration“ gemacht werden? Auf diese Frage allein kommt es doch an. Die Geschäftsordnung soll der Minorität den notwendigen Schutz angedeihen lassen. (Sehr richtig!) Man weiß doch nicht, ob man immer Majorität sein wird. (Sehr gut.) Man kann auch Ambos werden, wenn man Hammer war. Eine untergeordnete Frage ist es auch nicht, ob in einem bestimmten Falle konstatirt werden soll, ob in der Versammlung Kollegen vorhanden sind, welche meinen, daß andere, die es noch für nothwendig halten, nicht mehr sprechen sollen. Bei dieser Auslegung der Geschäftsordnung kann ich auch nicht zugeben, daß eine mißbräuchliche Anwendung ihrer Bestimmungen und ein solches Recht der Beschränkungen gäbe. Es würde dieser Antrag als ein rücksichtliches Vorgehen angesehen werden. Der Antrag ist nicht amendirbar und kann also auch keine Ausschussberatung beanspruchen; bekräftigen wir ihn sofort auf dem Anwesenden-Richtershof der abgelehnten Anträge! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Friedemann: Herr Meyer II hat bei den mehrfachen Fällen, wo solche namentliche Abstimmung beantragt wurde, sich bisher nicht ein einziges Mal gemeldet, um seinen Protest zu erheben. Seine Erkenntnis scheint ihm also erst sehr verspätet gekommen zu sein. Wenn unsere Geschäftsordnung der des Abgeordnetenhauses nachgebildet ist und diese Bestimmung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in der unserigen fehlt, dann ist das gerade ein sicherer Beweis, daß der Verfasser unserer Geschäftsordnung diese Bestimmung nicht gemocht hat. (Zustimmung.) Die Zeitersparnis kann nicht in Frage kommen, wenn es sich, wie denkbar und thatsächlich vorgekommen ist, um wichtige Beratungsgegenstände handelt. Es kann dabei nicht darauf ankommen, ob die Mitglieder um 9 oder um 10 Uhr zur Kirche kommen. (Zwischenruf: O ja! Heiterkeit.) — dann sollte ich meine Aufgabe hier anders auf als der Zwischenrufer. Sehr häufig ist bei Schlußanträgen die Frage, ob die Debatte schon beendet werden kann, wichtiger als die Abstimmung selbst; sehr häufig werden die Schlußanträge angenommen, ohne daß alle Meinungen gehört sind, bevor Vertreter großer und lebhaft interessirter Parteien zu Worte gekommen waren. Das Vorgehen des Kollegen Meyer kann ich nur als Versuch bezeichnen, die Minorität mundtot zu machen; dagegen erhebe ich namens meiner Fraktion Protest.

Stadtv. Spindler hält den Antrag für sehr praktisch und empfiehlt ihn zur Annahme, protestirt auch gleichzeitig gegen die Ausführungen, welche den Antrag als Ausfluß der Parteipolitik angreifen.

Stadtv. Vogtherr: Wenn Herr Meyer sich über die Annahme seines Antrages wundern sollte, so würde ich ihn bitten, sich daran zu erinnern, daß wir oft bei der Verkündung eingegangener Schlußanträge, um die Nennung der Namen der Antragsteller gebeten haben. Der Vorsteher ist unzweifelhaft aus praktischen Gründen dem bisher nicht nachgekommen, sonst würde, davon bin ich überzeugt, schon die Nennung der Namen die zu häufige Wiederkehr dieser Anträge verhindern haben. Es sind meistens dieselben Herrn, welche diese Schlußanträge professionenmäßig betreiben und eine Art Fraktion Valentin bilden. (Zwischenrufe) Wenn Sie den Ausdruck nicht verstehen. . . . (Rufe: O ja!) . . . Na, dann sie vergrüßt. (Große Heiterkeit.) Erst vor drei Wochen wurde bei der Schlußantrag ein Schlußantrag gestellt, ehe ein Vertreter meiner engeren Kollegen gesprochen hatte. Wenn das keine Unterdrückung der Minorität war, dann gibt es keine. Wenn Herr Meyer nachher gegen den Schluß bei der namentlichen Abstimmung gestimmt hat, so beweist das lediglich die Nothwendigkeit der namentlichen Abstimmung über den Schlußantrag, denn sonst hätten gewiß viele der Herren bei der gewöhnlichen Form der Abstimmung in ihrer Schwächheit die Hand hoch gehoben. (Unterbrechung.) Wenn Sie Ihr schlechtes Gewissen. . . . (Großer Lärm und stürmische Zwischenrufe; Vorsteher Langerhans verweist dem Redner diesen Ausdruck. Herr Meyer hat freilich schon früher in meine Korrespondenz der „Voss. Zeitung“ seinem Sehnen Ausdruck gegeben, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung sich nicht so an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten sollte. Die Paar Stunden, die wir hier allwöchentlich über städtische Angelegenheiten verhandeln, will der Antrag noch verlängern, um die unabweisbare Kritik zu beseitigen. Dazu wird sich hoffentlich keine Majorität finden. Wenn Sie hier die Reden der Ihnen nicht genehmen Vertreter nicht hören wollen, wenn Sie dazu die Zeit nicht zu haben glauben, dann dürfen Sie sich als Stadtverordnete nicht wählen lassen. An der Geschäftsordnung läßt sich manches bessern; ich würde gern mit erörtern, in wie weit es mit der Stellung eines Stadtverordneten vereinbar ist. Ausschussrath in einer Altiengeellschaft zu sein, die mit der Stadtverwaltung in Geschäftsverbindung steht. (Vorsteher Langerhans: Das gehört nicht zum Antrage!) Es gehört vielleicht nicht zum Antrage, aber jedenfalls zum Stadtv. Meyer II Beifall und Heiterkeit.)

Stadtv. Neumann: Für die Zeit, welche wir auf diese Debatte verwendet haben, hätten wir schon 4 namentliche Abstimmungen haben können. (Heiterkeit.) Auf diese Weise also gedenkt Herr Meyer Zeit zu ersparen. Ich stimme aus den Erwägungen des Stadtv. Sachs gegen den Antrag.

Stadtv. Cassel erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, weist aber den Vorwurf zurück, als ob nicht der Minorität der breitere Raum zur Darlegung ihrer Anschauungen gehabt und als ob sie nicht auch den denkbar umfassendsten Gebrauch davon gemacht hätte.

Stadtv. Meyer II erklärt in seinem Schlußworte, man werde begreiflich finden, daß er auf die Ausführungen des Stadtv. Vogtherr, soweit sie nicht zum Antrage gehören, mit keinem Worte eingehe. Er versichert darauf, daß ihm jede Absicht auf Verkümmern der Rechte der Minorität fern liegt. Von der namentlichen Abstimmung über den Schlußantrag vor 3 Wochen habe er den Eindruck gehabt, als ob sie die Versammlung peinlich berührt. Die heutige Debatte überzeuge ihn vom Gegenteil. Um jede weitere Zeitverschwendung zu vermeiden, zieht er den Antrag unter der Heiterkeit der Versammlung zurück.

Am 16. März 1888 hat die Versammlung gelegentlich der Stadtberatung eine Resolution beschloffen, durch welche der Magistrat ersucht wurde, einer Ueberfüllung der untersten Gemeindegemeinschaften thunlichst vorzubeugen. Der Magistrat überfand unterm 17. Januar die Zusammenstellung der Frequenz in den Gemeindegemeinschaften am 1. November v. J. zur Kenntnissnahme mit dem Bemerkten, daß anderweitlich derselben die Ueberfüllung der Klassen insoweit vermieden ist, als die Zahl von 70 Schülern in einzelnen Klassen nur in Ausnahmefällen erreicht wird.

Stadtv. Vogtherr: Mit dieser letzteren Auskunft ist doch der Ueberfüllung der Schulklassen nicht gesteuert. Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß in 20 Klassen, die ich herausgegriffen habe, 10 sich befinden, deren Schülerzahl 60 übersteigt, dabei sind sämtliche 20 Klassen um 8 bis 10 pCt. der vorhandenen Schulplätze überfüllt. Ich bitte, die amtlichen Nachweise der Frequenz wie bisher jeden 1. Mai und 1. November auszugeben zu lassen. Bei einer solchen Ueberfüllung muß doch der Unterricht und die lernende Jugend in schwerster Weise

benachtheiligt werden, was um so schlimmer ist, als es sich hauptsächlich um die Kinder der Arbeiterklasse handelt.

Stadtv. Schmalbe spricht sich auch für die Beibehaltung der Frequenzübersichten aus, deren Vergleichen gerade den großen Fortschritt nachweise, welcher in dieser Richtung in den letzten Jahren gemacht ist. Klassen mit über 70 Schülern seien nur 10 vorhanden. Unsere Lehrer verdienen das Vertrauen, daß sie auch Klassen mit 50—60 Schülern erfolgreich unterrichten; was in höheren Schulen möglich ist, wird auch in Gemeindegemeinschaften vorübergehend möglich sein.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntniss.

Der Etat der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch pro 1894/95 schließt in Einnahme und Ausgaben mit 224 850 M. ab. Der bestehende Gebührentarif für die Untersuchung des eingeführten frischen Fleisches soll auch für das kommende Etatsjahr in Geltung bleiben.

Der Etat wird en bloc angenommen und der Gebührentarif genehmigt.

Für das Bestattungswesen soll entsprechend einer von der Versammlung gefassten Resolution ein besonderes Kuratorium, bestehend aus 1 Magistratsmitgliede und 2 Stadtverordneten, eingesetzt werden und am 1. April 1894 in Funktion treten.

Von den Ergebnissen der photometrischen Messungen der Lichtstärke der Unter den Linden und in der Kaiser Wilhelmstraße befindlichen Gegenständen der elektrischen Beleuchtung durch die physikalisch-technische Reichsanstalt giebt der Magistrat der Versammlung Kenntniss; zugleich wird die Bewilligung von weiteren 500 M. außer den bereits Ende 1891 bewilligten 1000 M. zur Beschaffung eines entsprechenden Photometers nebst Akkumulatoren und Nebenapparaten beantragt.

Der Antrag wird angenommen.

Darauf kommt die Vorlage betreffend die Vermehrung des ärztlichen Personals bei den städtischen Krankenhäusern zur Verhandlung, nach welcher an den drei Krankenhäusern am Friedrichshain, in Moabit und am Urban je ein „Oberarzt“ für die innere Abtheilung mit 4000 M. Gehalt und je ein „Oberassistent“ für die chirurgische Abtheilung mit 3500 M. Gehalt angestellt werden und die Anstellung zunächst gegen beiderseitige dreimonatliche Kündigung erfolgen soll. In der Begründung wird folgendes ausgeführt: In jedem der drei städtischen Krankenhäuser sind zur Zeit zwei ärztliche Direktoren — der eine für die innere, der andere für die chirurgische Abtheilung — angestellt, welchen beim Krankenhause im Friedrichshain 11, im Moabit 12, am Urban 9 Assistenten unterstellt sind, so daß durchschnittlich auf etwa 50—60 Kranke ein Assistent entfällt. Mit Rücksicht darauf, daß bei der stetigen Zunahme der Krankenzahl, insbesondere in den Wintermonaten, die Thätigkeit der ärztlichen Direktoren überaus stark in Anspruch genommen wird, soll bei jedem der drei städtischen Krankenhäuser ein „Oberarzt“ und ein „Oberassistent“ angestellt werden. Ten Oberärzten der inneren Abtheilung sollen je 120—150 Kranke zur selbständigen ärztlichen Behandlung überwiesen werden. Sie sind die nächsten Vorgesetzten der ihnen vom ärztlichen Direktor zugetheilten Assistenten und Vertreter des Direktors in Abwesenheits- oder Behinderungs-fällen. Der ärztliche Direktor der inneren Abtheilung hat die allgemeine Aufsicht über die Geschäftsführung der Oberärzte und der ihnen zugetheilten Assistenten; er bestimmt die Vertheilung der aufzunehmenden Kranken auf die einzelnen Pavillons, sowie die etwa nothwendige Verlegung nach anderen Pavillons. Die „Ober-Assistenten“ der chirurgischen Abtheilungen sind dem Direktor unterstellt. Die ihnen von ihm überwiesenen Kranken behandeln sie selbständig, doch sie sind bezüglich ihrer allgemeinen therapeutischen und operativen Thätigkeit verpflichtet, den Anordnungen des Direktors zu entsprechen. Von besonders wichtigen oder zweifelhaften Fällen haben sie den Direktor sofort zu benachrichtigen. Bei allen größeren Operationen haben sie zugegen zu sein und den Direktor zu unterstützen. Ten Ober-Assistenten wird die selbständige Leitung der Poliklinik übertragen, sie vertreten den Direktor in Abwesenheits- oder Behinderungs-fällen und sind die nächsten Vorgesetzten der ihnen vom Direktor zugetheilten Assistenten. Zur Ausübung von Privatpraxis sollen die Oberärzte und Ober-Assistenten berechtigt sein, dagegen wird ihnen eine konsultative Thätigkeit gestattet. Die Beaufsichtigung der gesamten Krankenanstalt in hygienischer Beziehung, die Anstellung und Vertheilung des Pflegepersonals, die Beschaffung der Inventargegenstände, Medikamente, Verbandstoffe, Instrumente u. s. w., sowie die Aufsicht über die Apotheke, das Laboratorium, das Leichenhaus und Wabehaus verbleibt den ärztlichen Direktoren.

Den Vorschlag der Deputation für öffentliche Gesundheitspflege, an jedem Krankenhause neben den Direktoren noch zwei „dirigirende Aerzte“, welche den ersteren koordinirt sein sollten, anzustellen, hat der Magistrat abgelehnt.

Von verschiedenen Seiten wird die Niederlegung eines Ausschusses verlangt.

Stadtv. Jacobi ist erfreut, daß dem Uebelstande der ungenügenden Anzahl dirigirender Aerzte in den städtischen Krankenanstalten endlich in etwas abgeholfen werden soll. Es kommen heute 3—400 Kranke auf einen dirigirenden Arzt. Enttäuscht ist aber die Bürgerchaft dadurch, daß nicht die Zahl der dirigirenden Aerzte direkt vermehrt werden soll, sondern daß Oberärzte angestellt werden sollen, welche unter den dirigirenden Aerzten stehen. Der Magistrat bezieht sich auf das Sachverständigenurtheil der jetzigen 6 dirigirenden Aerzte Berlins; dem steht aber doch der Beschluß des Aerztervereins in Berlin, unserer eigenen Deputation und des deutschen Aerzteskongresses entgegen. In Wirklichkeit wird hier bloß ein Avancement von einigen Assistenten folgen, deren wissenschaftliche Kapazitäten werden sich für solche subalterne Stellen nicht finden. Die Annahme der Vorlage wäre eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung des bestehenden Zustandes. Redner empfiehlt Ausschussberatung.

Stadtrath Strahmann: Von Uebelständen, die der bisherige Zustand gezeitigt hätte, ist keine Rede; niemals ist eine Beschwerde an uns ergangen, weder vom Publikum, noch von den Direktoren. Unhaltbare Zustände liegen also keineswegs vor. Das Krankenmaterial Berlins ist für die Einführung weiterer dirigirender Aerzte nicht ausreichend; die Anstellung der Ober-Aerzte, die als Mittelstelle zwischen Direktor und Assistenten gedacht sind, genügt. Die Bezeichnung „Ober-Arzt“ ist eine so ehrenwerthe, daß daran die Gewinnung geeigneter Kräfte gewiß nicht scheitern wird.

Stadtv. Kalisch: Die Versammlung bringt dieser Vorlage des Magistrats kein Interesse entgegen, denn alle Redner sind gegen dieselbe gemeldet. Der Magistratsvorschlag ist ganz unannehmbar, beide Deputationen, die für die Gesundheitspflege und für die Krankenhäuser, haben ihn abgelehnt. Alle positiven Beschlüsse der Krankenhausdeputation sind in der Vorlage entweder garnicht berücksichtigt oder nur in unzulänglicher Weise. Unsere Krankenhäuser sollen doch Heilstätten sein. Diesen Charakter können sie nicht behalten, wenn ein ärztlicher Direktor das ganze Krankenmaterial unter sich allein behält. Der Magistrat scheidet sich aber, neben den Direktoren selbständige Abtheilungsleiter anzustellen. Offenlich wird Ausschussberatung beschlossen und die Sache ordentlich durchgearbeitet.

Stadtv. Neumann kann nicht absehen, wie eine Ausschussberatung die Angelegenheit fördern könnte. Es werde mit den Ausschüssen überhaupt ein gewisser Lärm getrieben. Die Vorlage des Magistrats enthält nichts Neues und es habe keine Gefahr, wenn man sie zur Zeit ablehne. Die Anstellung des „Ober-Aerztes“ sei nur scheinbar etwas Neues. Thatsächlich werde nur dem ältesten Assistenten die Bezeichnung Oberarzt und ein höheres Gehalt verliehen. Es handle sich um soziale Mißstände, die wir nicht einer Partei zur Verwertung überlassen dürfen, und wenn wirklich keine Klagen erhoben worden sind, so muß doch auch der Schein vermieden werden, als ob das Interesse

der Kranken nicht genügend gewahrt werde. Was helfen dem Krankenhaus und der Stadt berahmte Direktoren, wenn der Kranke sie Monate lang nicht oder gar nicht zu sehen bekommt? (Sehr richtig!) Weshalb sollten nicht verschiedene Ärzte, jeder in seinem Ressort, selbständig verwalten können? — Die Hauptfrage bei den Krankenhäusern ist doch wahrlich nicht die Einheitlichkeit der Verwaltung, sondern das Interesse der Kranken. Weshalb sind denn nicht auch die Verwaltungsdirektoren befragt worden? Stadtrath B a i l: Es ist nicht richtig, daß zahlreiche Kranke den dirigierenden Arzt überhaupt nicht zu sehen bekommen hätten; die Leichtkranken werden allerdings nicht jeden Tag vom Arzte angesehen. Die Kranken sind in unsern Krankenhäusern so gut geartet, wie irgend möglich, besser als sie es in den Familien sein könnten, (Widerpruch und Zustimmung.) Ich behaupte das und erwarte den Gegenbeweis (Heiterkeit). Die Ansichten innerhalb der Gesundheitspflege-Deputation haben in kurzer Zeit diametral gewechselt, und gegenüber diesem Wechsel und aus Anstandsrücksichten hat der Magistrat beschlossen, die Krankenhäuser-Direktoren zu hören. Seine Vorschläge deden sich zum Theil mit deren Gutachten. Die Stellung der Oberärzte innerhalb ihrer Abtheilungen soll eine durchaus selbständige sein.

Stadtv. Sp i n o l a stimmt im Wesentlichen mit den Ansichten des Stadtv. Neumann überein, will aber die Vorlage nicht als limine ablehnen, sondern plädiert für Ausschüßberatung. Der Titel „Oberarzt“ sei allerdings keine glückliche Erfindung, und es sei nicht abzusehen, warum der Titel „dirigender Arzt“ nicht gewählt werden soll. Jedenfalls würden ganz andere Kräfte durch diesen Titel angesogen werden. Die Selbständigkeit der Oberärzte nach der Vorlage sei doch ganz erheblich beschritten.

Stadtv. Dr. J a d e l hat folgenden Antrag eingebracht:
Die Versammlung wolle unter Ablehnung der Magistrats-Vorlage den Magistrat ersuchen, mit Bezug auf den ärztlichen Dienst in den städtischen Krankenhäusern eine Vorlage vorzubereiten, in welcher folgende Gesichtspunkte Beachtung finden: 1. für je 100 Kranke werden ein dirigirender Arzt und mindestens zwei Assistenten angestellt; 2. durch Abzweigung von den bestehenden chirurgischen und inneren Stationen werden an den drei städtischen Krankenhäusern insgesamt neugebildet:
2 Stationen für Frauenkrankheiten, 2 Stationen für Haut- und Geschlechtskrankheiten, 1 bis 2 Stationen für kranke Kinder, 1 Station für Nervenkrankheiten, 1 bis 2 Stationen für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten; 3. für jedes der drei städtischen Krankenhäuser wird ein pathologischer Anatom angestellt, welcher im Einkommen und Stellung den dirigirenden Ärzten gleichsteht; 4. für die städtischen Krankenhäuser wird ein ärztlicher Verwaltungsdirektor bestellt, welchem die nicht ärztlichen Verwaltungsdirektoren der einzelnen Krankenhäuser untergeordnet sind.

Stadtv. J a d e l: Der Magistrat hat es in der Vorlage meisterhaft verstanden, den Pels zu waschen, ohne ihn nas zu machen. Im Wesentlichen soll das bisherige System beibehalten werden. Seit einer Reihe von Jahren wird die Frage der ärztlichen Organisation der städtischen Krankenhäuser dahin beantwortet, daß für 100—150 Kranke allerhöchstens ein dirigirender Arzt angestellt sein muß. Der Magistrat aber befragt gutachtlich diejenigen Herren, welche jetzt das Monopol haben. Die Erklärungen der Herren Direktoren befinden sich zum Theil in rührender Uebereinstimmung. Herr G a l n erklärt 2 dirigirende Kräfte nebeneinander für eine undurchführbare Einrichtung, warum, wird nicht gesagt; Herr K e n n e r s weist auf ökonomische Umstände, auf Ersparnisse in der Verwaltung u. s. w. hin. Der Arztverein verlangt Oberärzte, damit sich aber dabei dirigirende Kräfte. An diesem Mißverständnis klammert sich der Magistrat wie der Estrichende an einen Strichalm. Wir verlangen Vermehrung des Arztpersonals. Die meisten der dirigirenden Kräfte haben eine ausgedehnte konsultative Privatpraxis, welche den Haupttheil ihrer Zeit in Anspruch nimmt; es bleibt ihnen, wenn sie abgemattet sind, nur ein Rest ihrer Zeit übrig, und der ist für die Armen in den Krankenhäusern gerade gut genug. (Unruhe.) Der Magistrat hat keine Klagen bekommen; ich habe in noch nicht einem halben Jahre ein ganzes Bündel Klagen über die ärztliche Verwaltung erhalten. Herr B a i l meint, es gehe in den Krankenhäusern den Kranken besser, wie den Besühenden in der besten häuslichen Pflege. Damit vergleichen Sie die Klagen über das Essen, über die Behandlung, namentlich der Genußkranken u. s. w., über die Gegenbehauptung richtig erscheinen lassen, daß es jeder Arme in seinem häuslichen Verhältnissen zu Hause besser hat, als im Krankenhaus. (Widerpruch und Lachen.) Ich könnte ein Paar Stellen aus meinen Briefen anführen über Dinge, die fast werth wären, in der Charite passirt zu sein. (Große Heiterkeit.) Die Krankenhäuser haben neben den Assistenten noch Volontäre und Famuli, sie brauchen sie also doch wohl auch, diese Herren leisten aber ihren Dienst unentgeltlich. Die Kranken verlangen die Anstellung von Spezialisten, für Frauenkrankheiten, Hautkrankheiten, Geschlechtskrankheiten u. s. w. Bei einem häufigeren Wechsel der Assistenten unter einem Direktor, der auch Zeit hat, seine Assistenten auszubilden, könnte auch für die tüchtige Ausbildung der Jüvisärzte viel mehr geschehen als bisher. Nach meinem Antrage sollen ferner nach Bedürfnis Nebenstationen errichtet werden; es soll an jedem Krankenhaus ein pathologischer Anatom angestellt werden, dem der dirigirende Arzt in jeder Beziehung gleichgestellt sein muß. Der dirigirende Arzt bezieht sein Gehalt nur zum geringen Theil auf seiner Stellung; der Anatom aber kann nicht mit 2 oder 3000 M. honorirt werden, er muß 5 oder 6000 M. haben, um seine ganze Thätigkeit der Anstalt zu widmen. Die nichtärztlichen Funktionen sollen nach meinem Antrage ebenfalls einem ärztlichen Verwaltungsdirektor untergeordnet werden, damit es nicht so kommt, wie in der Charite, wo der ärztliche Direktor gar nichts und der nichtärztliche alles zu sagen hat. (Heiterkeit.) Bei ärztlichen Verwaltungsdirektoren wird dem Bedürfnis der Patienten jedenfalls mehr genügt als durch einen bloßen Verwaltungsbeamten, der immer mit dem Streichen der Forderungen der Kranken und der Kräfte bei der Hand ist, auch wenn diese dreimal ja sagen. Was sollen wir aber mit den Direktoren anfangen, die aus Besorgnis einer finanziellen Mehrbelastung alles ablehnen, was im Interesse der Kranken notwendig ist? Der Magistrat hat nicht das Interesse von 6 dirigirenden Ärzten zu wahren, sondern das der Kranken. Sehr begreiflich, daß diese 6 Herren ihre Stellen gefährdet sehen, weniger im Krankenhaus, als in der Privatpraxis, deshalb wollen sie keinen Konkurrenten. Die Vorlage ist eine klatschende Ohrfeige in das Gesicht der Kräfte, die überall das Gegenheil von ihr verlangen haben, wo sie zu Worte kamen. Sie ist nicht werth, in einem Ausschüß beizubehalten zu werden. Die Versammlung sollte dem Magistrat zeigen, daß ihre Geduld erschöpft ist und daß sie einen Ausschüß einsetzt, um dem Magistrat Vorlagen zu machen, wenn er der Versammlung keine macht.

Stadtrath S t r a h m a n n: Meine Bildung, meine Stellung, und mein Geschick gehören mir nicht, in diesem Tone dem Vorredner zu antworten (Oho! und Zustimmung). Wir haben allerdings die Direktoren befragt, weil sie Erfahrung und Autorität besitzen. Für Spezialisten ist kein Platz in den Krankenhäusern, wir haben für sie zu wenig Material. Der Zentral-Ausschüß der ärztlichen Bezirks-Vereine ist keine wissenschaftliche Behörde; auch auf dem Kerkstetage in Breslau ist die Meinung keine einstimmige gewesen. In keinem Krankenhaus ist für mehr als einen Oberarzt ein Bedürfnis. An Klagen ist mir, der ich seit zwei Jahren Vorsitzender des Gewerks-Krankens Vereins bin, keine einzige zugekommen. Herr J a d e l möge uns sein durch eine Privatanzug beschafftes Material übergeben.

Stadtv. W i r h o w: In den hier gemachten Vorschlägen finde ich sowohl die Möglichkeit einer Vertheidigung wie die eines Fortschrittes. Gerade auf dem Gebiete unseres

Krankenhäuserwesens bin ich freilich nicht daran gewöhnt, schnelle Fortschritte zu erleben. (Hört! und Heiterkeit.) Seit 20 Jahren warte ich auf Verbesserungen in der Verwaltung des Krankenhauses Friedrichshain, die ich vor 20 Jahren vorschlug. Darunter befand sich auch der dirigirende Arzt. Auf der chirurgischen Abtheilung kann man allerdings nicht zwei Chirurgen neben einander wirken lassen, es müßten denn gerade zwei völlig getrennte unabhängige Abtheilungen geschaffen werden. Das aber scheint auch mir nicht notwendig. Herr J a d e l stellt sich ganz allgemein auf den Standpunkt: Schafft nur erst die Einrichtungen, die Kranken werden sich schon finden! Aber auf diesem Standpunkte hat die Stadtverwaltung nicht in erster Linie zu stehen. Wollte man immer bloß nach den Anforderungen der Kranken gehen, so lämen wir doch zu sonderbaren Zuständen. Daß eine Reihe Kategorien von Kranken, etwa die in Gipsverbänden liegenden, nicht jeden Tag von ihrem Arzte besichtigt werden, liegt in ihrem eigenem Interesse. Unter diesem Gesichtspunkte ist die Vorlage doch immerhin ein Fortschritt. Auch der Name Oberarzt scheint mir zweckmäßig. Absolute Zahlen über das Verhältnis der Zahl der Kräfte zu der der Kranken lassen sich nicht aufstellen. Man wird die einzelnen Krankenhäuser für sich betrachten müssen und die Schwankungen in der Belegung berücksichtigen, die z. B. am Urban viel größer sind als im Friedrichshain. Die inneren Stationen aber müssen besondere Abtheilungen unter einem dirigirenden selbständigen Arzte sein. Wenn wir die Stellung desselben nicht gänzlich unabhängig machen, werden wir erfahrene, tüchtige Männer nicht bekommen. Dabei kommt auch der Titel in Betracht. Auf Briefe sollte sich Herr J a d e l nicht berufen. Wozu haben wir denn den Weg der Beschwerden! Seine Briefe sind für uns zunächst noch ungelegte Eier. (Heiterkeit.) Gerechtigt erscheinen mir die erwähnten Klagen nicht ohne Weiteres.

Damit schließt die Debatte.

Stadtv. J a d e l (persönlich): Die von mir erwähnten Klagen sind zum Theil auch Herrn Strahmann schon mitgetheilt worden; andererseits verlaufen vom Magistrat eingeleitete Recherchen zum Theil im Sande. (Oho!)

Stadtrath S t r a h m a n n bemerkt, daß ihm allerdings vor einigen Wochen eine Beschwerde über einen Vorfall im Krankenhaus am Urban mitgetheilt sei. Die angestellten Recherchen haben aber ergeben, daß Behauptung gegen Behauptung steht. Der angeblich Betroffene, ein Delirant, soll von einer Bistorschmester gebunden worden sein, die Schwester stellt die Wahrheit der Beschuldigung absolut in Abrede.

Stadtv. J a d e l: Der Betreffende ist ein Todeskandidat, der in wenigen Wochen nicht mehr am Leben sein wird. Der Fall beweist gerade, welcher Art die Recherchen sind, die der Magistrat anstellt, und was wir von ihnen zu erwarten haben.

Die Vorlage und der Antrag J a d e l gehen an einen Ausschüß von 15 Mitgliedern.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat der verflorenen Vortrager- Stellvertreter, der ordnungsgemäße Dr. Alexander Meyer für ein kleines Attentat, das er gegen die Minorität durch Abänderung der Geschäftsordnung auszuführen beabsichtigte, die verdiente Schlappe erteilt, und zwar war seine Niederlage eine so vollständige, wie sie von ihm selbst wohl kaum erwartet worden sein dürfte. Die Möglichkeit, einen vorzeitigen Schluß der Debatte und eine brutale Unterdrückung der Minorität und ihrer Anschauungen durch die Herbeiführung der namentlichen Abstimmung über den Schlusantrag zu hindern, ist Herrn Meyer — und nicht nur ihm — ein Dorn im Auge. Unter Berufung auf die frühere Praxis wollte er mit seinem Antrage, diese Möglichkeit auszuschließen, angeblich nur eine „Deklaration“ der Geschäftsordnung geben, doch fand er mit dieser barbaresen Auffassung einzig und allein bei seinem Spezialkollegen Spinoza Anklang; von allen übrigen Rednern, namentlich aber vom Stadtv. Bogherr, wurde ihm detarig mitgespielt, daß er wohl oder übel, um dem schlimmeren Schicksal der Verwerfung seines Antrages gegen eine winzige Minorität zu entgehen, denselben unter allgemeiner Heiterkeit zurückziehen mußte. Charakteristisch aber bleibt, daß eine solche Säule des ehemaligen Freisinn überhaupt einen solchen Antrag einzubringen sich entschließen konnte. — Vor der Tagesordnung spielte sich noch eine sehr ergyliche Episode ab. Der von uns schon gekennzeichnete Herr H e n t i g, der einzige Repräsentant der fast verschwundenen Bürgerpartei, empfand nachträglich einig Unbehagen über die ihm in der vorigen Sitzung auf seine unqualifizierbaren Provokationen gegen die Sozialdemokraten zu Theil gewordenen Zwischenrufe, wie „Unverschämter Patron“, „Lügner“ u. dgl. die zumeist dem Begehr der Jähne des Stadtv. Singer entsprungen waren. In unbegreiflicher Schmechlichkeit hatte er diese allerdings nicht schmeichelhaften Zurück am vorigen Donnerstag Abend überhört, hatte sie dann aber in den Zeitungsberichten gefunden und diese Thatsache zur Kenntniß des Vortrager gebracht. Ohne Umschweife verlangte Herr Hentig Remedur und drohte fürchterlich damit, daß er, wenn sie nicht eintrete, das Lokal verlassen werde. Der Vortrager ließ sich, um dieses Aeußerste zu verhüten, thätig dazwischen kommen, dem Stadtv. Singer, obwohl dessen Zwischenrufe ihm und dem Bureau entgangen waren, einen nachträglichen Ordnungsruf zu erteilen. — Die Vorlage wegen der anderweitigen Regelung des ärztlichen Dienstes an den städtischen Krankenhäusern ging an einen Ausschüß, der auch einen umfangreichen Antrag, den der Stadtv. J a d e l vertrat, zu beraten haben wird. Hinzuwiesen ist hierauf auf die sehr eigenthümliche Art, wie der Stadtrath S t r a h m a n n die Polemik mit Dr. J a d e l führen zu sollen glaubte, während dessen Antrag u. a. auch von W i r h o w sehr freundlich und sympatisch aufgenommen wurde.

Der Ausschüß des Gewerbegerichts hatte in seiner letzten Sitzung am Montag auf Eruchen des hiesigen Amtsgerichts sein Gutachten abgegeben über die Frage: „Ist ein Einleger (Zischler), welcher auf einem Bau seine Arbeit selbständig verrichtet, als Geselle oder als Meister zu betrachten?“ Das Gutachten, welches einstimmig gefaßt wurde, lautet: Jeder Arbeiter, welcher für einen Unternehmer arbeitet, und von diesem Lohn für die Verarbeitung geliefert erhält, die gefertigte Waare an den Unternehmer zurückliefert oder im Auftrage desselben anderswo anbringt, ist als Geselle zu betrachten, gleichviel ob er noch Leute misbehaftigt oder nicht. Dieses gilt auch, wenn Arbeiter für mehrere Unternehmer arbeiten, ausgenommen, wenn andere Bedingungen bestehen.“

Die von der Berliner Arbeitergesellschaft gegen die schreienden Mißstände in der Charite betriebene Agitation hat doch schon einige, wenn auch durchaus ungenügende Erfolge aufzuweisen. Von der Chariteverwaltung geht uns weiter folgende Mittheilung zu: Bei erneuter technischer Prüfung der Verhältnisse der Charite hat sich ergeben, daß die Bedenken, die gegen die fernere Beibehaltung der sog. W o d e n s t a t i o n Nr. 23 in der alten Charite nach verschiedenen Richtungen erhoben werden, nicht unbegründet sind. Deshalb hat die Charitedirektion die alsdahlige Schließung dieser Station beantragt, und der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat diesen Antrag bereits genehmigt. Daburich wird sich die Zahl der Krankenbetten in der Charite um etwa sechzig vermindern. Es ist aber wahrscheinlich, daß außerdem aus hygienischen Gründen auch noch eine weitere Verminderung der Bettenzahl erfolgen wird. Die städtische Verwaltung würde deshalb gut thun, schon vor der Fertigstellung des neuen dritten großen Krankenhauses auf eine Vermehrung

der zu ihrer Verfügung stehenden Krankenbetten Bedacht zu nehmen. Eine solche Vermehrung würde sich wohl ohne erhebliche Schwierigkeiten durch stärkere Belegung der Heimstätten für Genesende und durch Eröffnung einiger Reservestätten im Moabiter Krankenhaus ermöglichen lassen. Wie man sieht, verspricht der Chariteboykott eine einigermaßen heilsame Wirkung auszuüben. Eine Wohnung an die Berliner Arbeitergesellschaft, von ihrem Kampf nicht abzulassen!

Todtgeboren. Die Abendblätter melden folgendes: Mit den aus Arbeiterkreisen gestellten Anträgen wegen der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beschäftigte sich unter Vorsitz des Stadtraths Friedel die Gewerbe-Deputation des Magistrats in ihrer Plenarsitzung am Mittwoch. Nach sehr eingehender Beratung sprach sich die Deputation mit sehr großer Mehrheit gegen die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises aus. Im Uebrigen wurden die Dr. Freundlichen Anträge mit zwei Zusätzen angenommen. Hiernach wird dem Magistrat empfohlen, die Antragsteller an den Zentralverein für Arbeitsnachweis zu verweisen, um in Ansehung an diesen Verein die Zentralisirung des Arbeitsnachweises nach den in dem Freundlichen Referat gemachten Organisationsvorschlägen durchzuführen. Zu den Kosten der ersten Einrichtung soll der Magistrat bis zum Betrag von 20 000 M. beitragen und die weiter laufende Subventionierung des Unternehmens in Aussicht stellen. Der Magistrat soll ferner in den aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu bildenden Verwaltungsausschüß einen Kommissar entsenden und darauf hinwirken, daß sowohl die von der Stadt unmittelbar als auch die von städtischen Unternehmern beschäftigten Arbeiter durch Vermittelung des Zentral-Arbeitsnachweises angenommen werden. Also es ist nicht mit einem Kleben auf den Arbeitsnachweis und zum besten der Arbeitergesellschaft wirkenden Arbeitsnachweis. War etwas anderes zu erwarten? Die Berliner Arbeiter sind nicht enttäuscht.

Gegen einen Vorwurf wird der Heldengreis in einer an die „Vossische Zeitung“ gerichteten Zuschrift energisch in Schutz genommen. Es war nämlich in einer byzantinischen Zeitschrift berichtet worden, daß der „hochselige Kaiser“ die Gewohnheit hatte, in den Abendstunden seinen Kammerdiener zu sich sehen zu lassen, damit dieser ihm etwas vorplaudere. Gegen diese Darstellung wendet sich ein Kammerlakai in großer Entrüstung: „Weder hat der hochselige Kaiser je mit einem Diener, und mochte es auch der älteste sein, vertraulich geplaudert, noch hat je ein Diener gegenwärtig, sich in Gegenwart des Monarchen, mochte dieser auch krank zu Bette liegen, zu sehen und gar, entgegen seiner Pflicht, einzumischen. Der Verkehr des hochseligen Kaisers mit seiner Dienerschaft vollzog sich in den gemessenen und ernstesten Formen, von denen niemals abgewichen wurde.“

Wer wollte daran zweifeln, daß das Wesen des Mannes, dessen Parole nach den bekannten Dichtern Worten „das Maul gehalten“ lautete, in der Darstellung des mit der „Vossischen Zeitung“ befreundeten Kammerdieners der Wahrheit entsprechend geschildert worden ist?

Ein Staatsanwalt in tausend Nöthen. Unter dieser Stichmarke giebt einer unserer Lokalkorrespondenten, der sonst aus sicherer Quelle schöpft, folgende hochmoralische Geschichte zum Besten. In einer Stadt — nennen wir sie B. — gab es in einer engen winkligen Straße ein Wirthshaus, das der guten Gesellschaft als Sammelpunkt diente, und für ein Spielchen wie geschaffen war. Die Polizei wußte zwar, daß in dem nach dem Garten zu gelegenen zweiten Gastzimmer große Umsätze erzielt wurden, das unter Verschluss gehaltene Zimmer wollte sich aber dem Auge des Gesehes nicht öffnen, da das geheime Zeichen für den Eintritt, ein Krachen an die Thüre, nicht verrathen wurde. Zu den Besuchern des Tempels gehörte auch ein Staatsanwalt, der nicht minder eifrig, wie die übrige Gesellschaft die Karten mit Geldstücken zu bespielen pflegte. Mangel eines ollen ehrlichen Seemanns wechselte das Bankhalten ab. Eines Tages war nun der Gastwirth D. in bezug auf den Vorpostendienst etwas sorglos vorgegangen, der Staatsanwalt hielt gerade die Bank, als der Wirth den Schreiedruf „die Polizei kommt“ ertönen ließ. Der Gesellschaft gelang es nun zwar, durch die Fenster den Garten zu gewinnen und sich der Ueberrumpfung zu entziehen; nichts desto weniger hatte die Polizei genug Material, um gegen den Wirth wegen Duldens von Glücksspiel vorzugehen. Ein unglücklicher Zufall wollte nun, daß derselbe Staatsanwalt, der die Bank gehalten hatte, die Anklagebehörde vertreten mußte. Anfangs geriet er mit sich selbst in Zwiespalt und dachte an einen Selbstmord, dann aber wurde mit dem Gastwirth eine Vereinbarung getroffen, die einen Ausweg aus der Klemme bot. Der Zuhörerraum war von einer vornehmen Gesellschaft beim Termin besetzt, darunter viele von den Spielern. Der Staatsanwalt geisterte das Hazardspiel und beantragte eine hohe Geldstrafe gegen den Wirth, um sie später — aus eigener Tasche zu bezahlen. Der Beamte befindet sich nicht mehr auf seinem damaligen Posten.

Ist er avancirt? U. A. w. g.

„Wie die Beamten, so die Leute.“ Zu den Vorgängen am 18. Januar, wie sie sich im Friedrichshain abgespielt haben, liefert obige Aeußerung aus dem Munde eines Schuymannes den besten Kommentar. Derselbe war auch nach dem Friedrichshain kommandirt worden, um etwaigen Ausschreitungen der Arbeitergesellschaft mit der bekannten „Schneidigkeit“ zu begegnen. Nach dem Urtheile dieses besonnenen Beamten, der übrigens von den Lehren der Sozialdemokratie nicht krankhaft affigirt ist — denn der Mann trägt seine Ehrenzeichen mit selbstbewußtem Stolz — ist in dem von ihm beaufsichtigten Viertel kein einziger Uebergriff der Arbeiter beobachtet worden, sondern dieselben haben sich in geradezu „musterhafter Ordnung“ zurückgezogen.

„Musterhaft“ selbst angesichts der Gummischläuche und Stöcke der in Lumpen verklebten Hüter der Ordnung.“

Daß aber Uebergriffe der Schuymannschaft vorgekommen sind, ist eine der vielen Lügen, womit die Sozialdemokratie die Leute aufzureizen versucht — der Herr Minister von Bötticher weiß nichts davon.

Die schlechten Erwerbsverhältnisse, unter denen der sogenannte Mittelstand leidet, treten mit trasser Deutlichkeit in dem Geschäftsbetriebe der städtischen Sparkasse hervor. Während im Vierteljahr Juli-September 1890 die Mehreinzahlungen die Abhebungen um 1 775 578,79 M. überstiegen, hat sich das Verhältnis von diesem Zeitpunkt ab durch den Rückgang der Mehreinzahlungen in ungünstiger Weise bemerkbar gemacht, so daß in demselben Vierteljahr 1893 die Mehreinzahlungen die Abhebungen nur noch um 518 001,64 M. überstiegen. Hiernach beträgt die Differenz des Ueberschusses im Juli bis September-Quartal 1890 gegen den gleichen Zeitabschnitt im Jahre 1893 die hohe Summe von 1 257 577,15 M.

So sieht es im „Mittelstand“ aus, der noch wenigstens einen kleinen Nothgroschen hinter die Kante gelegt hat. Und der Proletarier? Dieser muß bekanntlich froh sein, wenn es ihm so geht, daß er von dem Arbeitsverdienst des Sommers wenigstens einen Theil der Schulden abzahlen kann, die er während der Arbeitslosigkeit des Winters hat machen müssen. Das Sparen bejagt bekanntlich der Unternehmer an seiner Stelle.

Warnung vor Feueranzündern. Ein Haushaltungsartikel, der auf den Straßen verkauft wird und wie es den Anschein hat, Anklang findet, fordert zu einer entschiedenen Warnung heraus. Es ist ein Feueranzünder, ein kleiner poröser Stein, der mit Petroleum getränkt unter die Kohlen gelegt wird und angeblich das zum Anfeuern nötliche Holz sparen soll. Der poröse Stein bleibt und kann immer wieder von neuem benützt werden. Die Gefahr, welche mit der Anwendung dieses neuen Feueranzünder verbunden ist, liegt in der unvorsichtigen Handhabung

der Petroleumflasche in der Nähe des Feuers. Es sollen durch diesen Stein schon mehrlache Unglücksfälle hervorgerufen sein.

Als Fleischbeschauerin ist dieser Tage im Niederbarnimer Kreise die Wittve des Heilgebißen Karl Schulze auf grund ihres Befähigungsnachweises für die Orte Schwanenbeck und Buch verpflichtet worden.

Ob die Junsterrücken nicht gegen diese Entheiligung des Weibes die Intervention des Staates anrufen werden?

Die Leiche des an der Moabiter Brücke gelaubten Mannes ist als die des Architekten S. aus Moabit festgestellt worden, dessen Verschwinden bereits seit Wochen der Polizei bekannt war. Das baare Geld, das man bei ihm vorfand, belief sich auf 270,80 M., während unter der Weste Devotscheine der Reichsbank über 27.000 M. versteckt waren. Merkwürdig erscheint, daß der Rock fehlt. Außer den Werthscheinen und den Baarmitteln war nur noch eine silberne Uhr vorhanden.

Eine Liebestragödie hat sich am Donnerstag Morgen in dem Hotel zum „Deutschen Hause“, Invalidenstr. 110, abgespielt. Am gestrigen Mittwoch Abend erschien zu später Stunde ein junges Paar, das Unterkommen für die Nacht beanspruchte. In das Fremdenbuch schrieb sich der junge Mann als Krankenwärter Altringer und Frau aus Oldesloe ein. Beide Personen suchten dann das ihnen angewiesene Zimmer Nr. 1 auf und verblieben dort. Heute Morgen gegen 6 Uhr hörte man den Knall eines Schusses, man drang in das Zimmer und fand den angebliebenen Altringer bereits tot in seinem Bette auf. Er hatte sich in das Herz getroffen. Seine Begleiterin lag in seinen Armen, gab aber noch schwache Lebenszeichen von sich. Sie hatte einen Schuß in die Herzgegend erhalten und außerdem, wie eine nach zum Theil mit Phosphor gefüllte Wäsche nachweist, Gift genommen, das sie in einem Wasserglase zusammengedrückt hatte. Ein Arzt sorgte für die Ueberführung des Mädchens nach der Charité, während die Leiche des Mannes nach dem Schauhaufe gebracht wurde. Auf dem Tische des Zimmers, in dem das Paar wohnte, wurde ein Zettel gefunden, der die folgenden Worte enthielt: „Ich bin der Schloffer, jehige Krankenwärter Max Bull, 27. August 1872 in Berlin geboren, Pallisadenstr. 57 wohnhaft. Meine Braut ist die unverehelichte Bertha Brunsch, die Pallisadenstraße 68 bei ihrem Schwager Sommer wohnt. Der Revolver gehört meinem Vater, wir bitten, uns in ein gemeinsames Grab zu betten!! Außerdem lag auf dem Tisch ein Brief mit Trauerband, der an den Vater Otto Bull nach der Wohnung, Pallisadenstraße 57, gerichtet war. Max Bull wohnte seit einigen Wochen nicht mehr bei den Eltern, war nach Pallisadenstr. 75 zu einem Arbeiter Riedel verzogen. Er war zuletzt im Krankenhaus am Urban beschäftigt, hatte aber vor einigen Tagen seine Stellung verloren. Mit dem Fräulein Brunsch wollte er sich verheirathen, hieß aber deswegen nicht bloß bei seinen Eltern

auf Widerstand, sondern auch bei den Angehörigen der Braut, die den Einwand erhoben, daß an eine Heirath nicht eher zu denken sei, bis der eine Familie ernähren könne. Diese Umstände haben in dem Brautpaar den Entschluß reifen lassen, gemeinsam zu sterben. Beide jungen Leute haben um die Mittagszeit ihre Wohnungen verlassen, um an einem dritten Orte zusammenzutreffen. Die Verletzung der 21 Jahre alten Bertha Brunsch, die sich in verschiedenen Stellungen als Dienstmädchen befunden hat, läßt eine Wiederherstellung kaum erwarten.

Ein Schuß wurde vorgestern Abend um 7 Uhr auf den Südringzug abgefeuert, als er, vom Potsdamer Bahnhof kommend in die Station Schöneberg einfuhr. Die Kugel flog durch ein Koupée 2. Klasse einer Dame haarhart an dem Kopf vorbei.

Wegen Diebstahls in 64 Fällen verhaftet ist der Arbeiter G., der seit anderthalb Jahren bei einer Fabrik für Blumen-Duft-Erzeugnisse beschäftigt war und sich beim Verlassen des Geschäfts soviel Waaren aneignete, als er in seinen Taschen unterbringen konnte. Die Waare hat er für den vierten Theil des Wertes an einen Barbier verkauft, der wegen gewerbsmäßiger Diebstahls gleichfalls in Untersuchung genommen ist.

Unsere guten Landleute. Wegen Anklage zum Meineid ist ein Bauerngutsbesitzer aus der Umgegend Berlins verhaftet worden. Eine Wittve W. soll ihre beiden Gänse auf seinem Acker oder gewendet und ihm dadurch einen Schaden von fünf Pfennigen zugefügt haben. Auf seine Anzeige erhielt die Frau einen Strafbefehl, beantragte aber richterliche Entscheidung. Bei der Verhandlung erklärte ein vom Kläger beigebrachter Belastungszeuge eidlich, von dem Gutsbesitzer unter dem Angebot einer Geldentschädigung aufgefordert zu sein, zu bekräftigen, daß er die Gänse der Wittve auf dem Acker gesehen habe. Diese Wendung brachte die Freisprechung der Frau und die Verhaftung des Gutsbesitzers zu Wege.

Es wird nicht daran zu zweifeln sein, daß der brave Meineidsbauer ein gar frommer und staatserkaltender Mann gewesen ist, der wetterfest auf die Romen'sche Meineidsläge über die Sozialdemokratie schwor.

Ueberziehermarder in der Universität. Am 29. v. M. wurde der Photograph S. in der Universität abgefaßt, als er sich einen fremden Ueberzieher und Regenschirm aneignete. Es hat sich ergeben, daß er sich mit einem Kaufmann F. zur fortgesetzten Ausführung solcher Diebstahle in der Universität und der Universität's-Klinik in der Dorotheenstraße verbunden hatte. Beide gingen so vor, daß während einer den Kaisermantel des anderen über seinen Ueberzieher zog, der andere einen fremden Ueberzieher mitnahm. Dies fiel insofern nicht auf, als Beide mehrfach mit Studenten verkehrten und auch vielfach für Studenten gehalten wurden.

Polizeibericht. Am 31. v. M. Vormittags fiel ein Hausdiener vor dem Hause Potsdamerstr. 92 in Krämpfen zu Boden und verlor sich so schwer am Kopfe, daß seine Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus erforderlich wurde. — Vor dem Hause Andreasstr. 58 stürzte ein Mann in der Trunkenheit hin und erlitt eine bedeutende Verletzung am Hinterkopfe. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Vermischtes:

Ueber die Soldatenschlägerei in Thorn wird weiter berichtet: Nicht weniger als neunzehn Soldaten wurden bei der Schlägerei an Kaisers Geburtstag verwundet, darunter auch einige Offiziere, welche die Ruhe herstellen wollten. Ein Gefreiter des 21. Infanterie-Regiments hat einem Rekruten im Streit einen Messerstoich in den Unterleib versetzt, infolge dessen letzterer verstorben ist.

Welche Lust, Soldat zu sein. Die die Gelsenkirchener Zeitung vom 29. Januar meldet, ist der aus der Kölner Garnison zum zweiten Mal flüchtige Artillerist Fibbe hier von einem Gendarmen verhaftet worden. Als er auf dem Transport zu entfliehen versuchte, wurde er von dem Gendarmen erschossen.

Dresden, 1. Februar. In der vergangenen Nacht brannten in dem Dorfe Freiland bei Reize 38 Stellen ab. Eine Frau und ein Kind kamen in den Flammen ums Leben. Viel Getreide und Vieh ist vernichtet. Es wird Brandstiftung vermutet. Auf der Galmes-Grube „Victoria“ bei Beutgen in Oberschlesien brannte der alte Förderjoch ab; alle Anlagen wurden zerstört.

Depeschen:

(Depeschen des Bureau Herald.)

Belgrad, 1. Februar. Das Amtsblatt veröffentlicht die Enthebung der meisten radikalen Kreispräsidenten, an deren Stelle bisher fünf Liberale, fünf Fortschrittler und zwei Radikale getreten sind. Der Minister des Innern, Simitsch, erklärte heute dem Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“, er sei der Ansicht, daß sich die Regierung länger halten werde, als man allgemein glaubt.

Prag, 1. Februar. Sofort nach Erledigung des Prozesses gegen die Omladinisten beginnt der Prozeß gegen die Mörder Marav's und gegen Cjacet, welcher der indirekten Beteiligung an dem Morde beschuldigt wird.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 3. Februar 1894, Abends 9 Uhr, Reichsforstr. 15:

Versammlung mit Damen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. med. Heymann. Ausgabe der Billets zum Maskenball. Vereinsangelegenheiten. 333/9

Der Vorstand.

Arbeiter-Verein für Rummelsburg u. Umgegend.

Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gurisch, Straßau Nr. 5:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Bibliothekars. 3. Beschlußfassung über Landtagitation. 4. Statutenberathung. 111/6
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Otto Naether,

Uhrmacher,

Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr. Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. [54172]

Schulstraße 50

eine Tischlerwerkstatt mit Doppell., großem Hof, per sofort oder später billig zu vermieten. 1470b

Filzschuh-Ausverkauf

wegen Aufgabe, zu billigsten Preisen. 5555L*) Reinickendorferstr. 4.

Zur Ballsaison

empfehle **Ballechuhe** jeder Art zu billigen Preisen, auch zu verkaufen. **Sah- und Stiefel-Paradies**, Wedding, Reinickendorfer-Strasse 4.

Rechtsbureau des königlichen Amtsraths Dr. D. Altes Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

Sophastoff-Reste

in Kips, Damast, Crépe, Fantaisie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquerts spottbillig! Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Verband der Sattler und Tapezire

(Filiale Berlin).

Geschlossene Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wiencoke, Alte Jakobstraße Nr. 88.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegirten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt. Mitglieder, die länger als 18 Wochen mit ihren Beiträgen zurück sind, und nicht um Stundung derselben eingekommen sind, haben laut Bekanntmachung des Zentralvorstandes keinen Zutritt. NB. Billets zu dem am 10. Februar stattfindenden Maskenball gelangen zur Ausgabe.

Achtung! Schaffarbeiter. Achtung!
Sonnabend, den 3. Februar, Abends 9 Uhr: **Große öffentliche Versammlung** in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: Die französischen Arbeiter-Assoziationen. 2. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 1555b
Zahlreiches Erscheinen nothwendig.

Presskohlen

beste Senftenberger Marie, 5 Mark frei Keller mit Fuhrlohn und Packen. Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co., Wienerstr. 18.

„Zum Prophet“

1. Etage. Am Dönhoffplatz. 1. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandantenstrasse.

Winter-Paletots von 8 Mk. an	Hosen in Burkin etc. von 4 Mk. an
Wach-Paletots 12	Rouvent-Hosen 6
Velocinen-Mäntel 19	Saus- u. Jagdhosen 6
Hohenzoll.-Mäntel 21	Anterim-Hosen 8
Hochfeine Paletots in Feine, Montagnac, Duffel 15	Schlafrocke in Double etc. 7
Kaiser-Mäntel 10	Schlafrocke in Velour 10
Cheviot-Anzüge 10	Westen, hochfein 1 1/2
Compl. f. Anzüge 15	Knaben-Anzüge 2 1/2
Gehrod-Anzüge, bf. 26	Barjaken-Anzüge 5
	Jünglings-Anzüge 7

Einsegnungs-Anzüge von 7 Mk. an bis zu den Eleganteren.
Versand nur gegen Nachnahme.
Sonntags geöffnet bis 2 Uhr.

Köpenick.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein für Köpenick u. Umgegend.

Sonnabend, 24. Februar, im Lokal des Herrn Klein (Stadttheater):

Konzert, Theater, Vorträge und Tanz,

unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangv. Morgenroth u. Heimathklänge

Entree für Mitglieder: Herren 30 Pf., Damen frei.

Gäste: 50 Pf., 20 Pf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle sich vom 15. Februar ab bei Ernst Hertel, Grünauerstr. 4, befindet. Ebenso befindet sich die Vereinsbibliothek von demselben Tage ab bei Waldner, Riekerstr. 43, III.



Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen,

größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger. Inhaber: Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 6092R

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.** Formen (Bodfoorn) wieder vorräthig.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L* am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

Singvögel, Papageien, Vogelbauer billig, Heckbauer 2,50 M. **Schulle, Invalidenstr. 7.** 1552b

Sophastoff-Reste

in Phantaisie, Kips, Damast, Crépe, Gobelin, Plüsch und Moquet, ferner: **Teppiche, Portièren, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe,** spottbillig i. Konkursmassen-Ausverk. **J. Adler Söhne** Spandauerstr. 30, 1544b gegenüber dem Rathhause.

Masken- und Theater-Garderobe

billigst empfiehlt **Werbelow, Große Hamburgerstraße 34, 1.**

Damen-Masken-Garderobe

von **M. Roussel, 43. Skalitzerstr. 43**

Schulstr. 50 1 Schmiebe- oder Schlofferwerkstatt, großer Hof, billig zu vermieten. 1471b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Xylographen

für technische Arbeiten erhalten auch außer meinem Atelier Beschäftigung. **Rich. Bong, Potsdamerstraße 88.**

Mechaniker, vertraut mit der Montage von Post-Endstellen verl. **Hr. Gef. Nig u. Geseff, Gitschinerstr. 80.**

Kartonarbeiterinnen, geübte, verl. **J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.**

Jeden Freitag und Sonnabend

Ausverkauf von Resten

in Tuchen, Buckskins, welche sich zu Anzügen, Beinkleidern und Paletots eignen, zu enorm billigen Preisen bei

Max Friedlaender jr., Molkenmarkt 12-13.

5575L*

